Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950
1950

17 (20.1.1950)

Visual Library

UNSER TAG

Südwest-Verlag e. G. m. b. H., Offenburg, Friedrichstr. 36. Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH., Mannheim, S 3, 10. Fernruf 43260. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12. Fernruf 2249. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisl. 8. Anzeigen werden entgegengenom. in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 17 — Freitag, 20. Januar 1950 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Wenn Adenauer dementieren läßt

Winzer, Euch geht es an!

KPD zum Parteitag nach Holland eingeladen

USA greift nach Indonesien

ECA-Vertrag gibt wirtschaftliche Selbständigkeit unverhohlen preis

Abg. Rische im Bundestag: „Nach seiner Ratifizierung wird nichts mehr in der Wirtschaft heilig sein"

Bonn (Sid). „Es ist bezeichnend für den staatsrechtlichen Status der Adenauer-Regierung, daß ihr erster sogenannter Staatsvertrag die völlige Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von den amerikanischen Monopolen zur Staatsräson erhebt." Dies stellte der bekannte kommunistische Wirtschaftspolitiker Abg. Fritz Rische im Bundestag fest, als er dem Marshallplan-Minister Blücher auf die Begründung des Marshallplan-Abkommens zwischen der Hohen Kommission der USA und dem Kabinett Adenauer antwortete. In dem Marshallplan-Vertrag werde mit unverhohlener Brutalität alles preisgegeben, was unter wirtschaftlicher Selbständigkeit und nationaler Unabhängigkeit zu verstehen ist. Nach der Ratifizierung des Marshallplan-Vertrages wird in der deuschen Wirtschaft nicht mehr heilig sein: Nicht mehr die Menschen, die Rohstoffe, die Handelsbücher und die Geschäftsppiere; nicht mehr die Lagerbestände, Fabrikanlagen und die Kreditinstitute.

Das gehe so weit, sagte Rische weiter, daß sich das Kabinett Adenauer verpflichtet, Kontraktarbeiter für das amerikanische Großkapital zu liefern. „Dies ist die modernste Form der Sklavenarbeit", rief er aus. „Deutsche Arbeiter können demnach in den Besatzungszentren Westeuropas eingesetzt und zu Kulis herabgewürdigt werden. Weiter verpflichtet sich dieser Bundesstaat, deutsche Rohstoffe, deutsche Produktionsstätten, Hilfsquellen und Vorräte praktisch den amerikanischen Monopolen zu übergeben, falls die Hilfsmittel der USA nicht ausreichen. Deutsche Hilfsquellen und Rohstoffe werden dem Rüstungs- und Kriegspotential des amerikanischen Imperialismus einverleibt.

Meistbegünstigungsklauseln für die amerikanischen Monopole, zum Schaden der westdeutschen Wirtschaft, werden gegeben und der Wirtschaftsspionage wird Tür und Tor durch das Marshallplan-Abkommen geöffnet. Schließlich und endlich darf das deutsche Volk die Propaganda für diesen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft auch noch mit 7 bis 8 Millionen DM aus Bundesmitteln bezahlen. Diese Propaganda soll wahrscheinlich darüber hinwegtäuschen, daß die Marshallplan-Politik schon längst bankerott ist. Daß die Marshallplan-Lieferungen keine Geschenke sind, wie das die Propaganda bisher dem deutschen Volk einzureden versuchte, wird in dem Marshallplan-Vertrag dankenswerter Weise eingestanden, denn alle Forderungen gegenüber Deutschland sind aus dem Erlös deutscher Exporte zurückzuzahlen. Diese Forderung auf Rückstellung, erklärte Rische weiter, wird sich von nun an als eine Drohung gegenüber dem westdeutschen Staat erweisen. Sie ist eine ständige Waffe der USA zur Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderung gegenüber Westdeutschland. Auch sollen frühere Verpflichtungen mit der runden Summe von 13 Milliarden DM zurückbezahlt werden.

Diesen Vertrag als einen politischen Erfolg hinzustellen ist also höchst lächerlich. Er hat nicht den Charakter eines echten Staatsvertrages, sondern den eines Vertrages des Kabinetts Adenauer mit den Hohen Kommissaren. Dieses Abkommen verschafft den Amerikanern Exterritorialrechte auf deutschem Boden, sowie die wirtschaftliche und politische Kontrolle des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens.

„Satrapen und römische Statthalter mögen sich von ihren unterdrückten Völkern ähnliche Beträge erzwungen haben", sagte Rische zum Schluß. „Für unser Jahrhundert jedenfalls ist dieser Vertrag ohne Beispiel und kennzeichnet den kolonialen Zustand im Westen Deutschland."

Als Rische geendet hatte, war selbstverständlich der Marshallplan-Minister Blücher gezwungen, den wahren Charakter des Marshallplanes einzugestehen, daß er nämlich nicht dem deutschen Volke dienen solle, sondern einen „Schutz gegen den Kommunismus" darstelle. Rische stellte dagegen nochmals den Willen des deutschen Volkes fest, diesem Marshallplan festen nationalen Widerstand entgegenzusetzen.

Schiffsbauaufträge durch die Alliierten abgewiesen

Hamburg. Die zuständigen alliierten Stellen haben einen Antrag der deutschen Werft Hamburg auf Neubau von drei Tankern von je 11 600 BRT für einen südamerikanischen Abnehmer abgelehnt.

Akt gegen Lebensrechte der Schaffenden

Singen. (E. B.) Die Teilnehmer einer Arbeitstagung der Kommunistischen Partei des Landkreises Konstanz in Singen nahmen zu der Weiterführung der Demontage der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter Stellung. Die Teilnehmer sahen in den Bestimmungen des Petersberger Abkommens für die Reichswerke und in den in der Tat weitergeführten Demontagearbeiten die Zerstörung der Existenzgrundlage von 8000 Arbeitern und ihren über 20 000 Menschen zählenden Angehörigen. Sie forderten alle wirklich sozialdenkenden Deutschen auf, ihre Stimme zu erheben, damit dem Unheil, das so vielen Menschen droht, Einhalt geboten werden kann.

Militärjustiz soll Abgeordneten Immunität respektieren

Stellungnahme des badischen Landtages und des hessischen Landtagspräsidenten

Freiburg. (E. B.) Der Aeltestenausschuß des badischen Landtages hat zu einem Schreiben des Präsidenten des niedersächsischen Landtags, Olfers, Stellung genommen, in dem dieser für die Immunität der Landtagsabgeordneten auch gegenüber den Gerichten der Besatzungsmächte eintrat. Einmütig wurden vom Aeltestenausschuß des badischen Landtags die von Landtagspräsidenten Olfers dargelegten Auffassungen über die Immunität der Abgeordneten gebilligt. Der Aeltestenausschuß beauftragte den badischen Landtagspräsidenten, Dr. Person, den Beschluß dem Präsidenten des Bundestages zuzuleiten, mit der Bitte, daß auch dieser sich in gleichem Sinne der Angelegenheit annehme.

Hessens Landtagspräsident

Wiesbaden. (E. B.) Der hessische Landtagspräsident Otto Witte (SPD) nahm gegenüber einem Pressekorrespondenten eindeutig Stellung für den Schutz der Immunität des niedersächsischen Landtagsabgeordneten Robert Lehmann, der im Demontagestop-Prozeß vor einem britischen Militärgericht angeklagt ist, weil die von ihm mit herausgegebene „Niedersächsische Volksstimme" einen Aufruf der KPD zur Verhinderung weiterer Demontagen in Salzgitter veröffentlichte.

Landtagspräsident Witte brachte bei dieser Gelegenheit seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß es sonst gerade die Engländer sind, die das Immunitätsrecht ihrer eigenen Abgeordneten so gerne betonen.

„... auch nicht nach Drohung mit Verhaftung!"

Hannover. (E. B.) Auf die Aufforderung des britischen Militärgerichtes an den Abg. Robert Lehmann, der im Demontagestop-Prozeß angeklagt ist, sofort mitzuteilen, ob er die gegen ihn erhobene Anklage zur Kenntnis nehmen und vor dem Militärgericht erscheinen werde, hat dieser einen Protest an die Hohe Kommission gegen die vorliegende Verletzung der Immunitätsrechte gerichtet.

Er teilte der Hohen Kommission mit, daß auch die Drohung mit Verhaftung, die von dem Militärgericht ausgesprochen wurde, ihn nicht bewegen könne, die gegen ihn erhobene Anklage zur Kenntnis zu nehmen und vor dem Militärgericht zu erscheinen.

Weitere Demontagen befohlen

Feinblech-Walzwerk bei Krupp wird abgebaut — Adenauer-Bluff entlarvt

Düsseldorf. (Eig. Ber.) **Von der britischen Militärregierung wurde der Verwaltung der Krupp-Werke in Essen der Befehl übermittelt, mit der Demontage des Feinblech-Walzwerkes II zu beginnen. Damit ist wiederum der Beweis erbracht, daß der vom Bonner Regierungschef Dr. Adenauer vor einiger Zeit verkündete „Demontagestop" nichts anderes als ein Bluff ist.**

Mit der Demontage des Feinblech-Walzwerkes verlieren bei Krupp 1000 Arbeiter Lohn und Brot. Der Betriebsrat von Krupp hat wegen dieses Demontagebefehls bereits eine Delegation zum Wirtschaftsministerium nach Bonn entsandt.

Verstärkte Salzgitter-Demontage

Watenstedt-Salzgitter. (Eig. Ber.) Während die Demontage der Hochöfen Nr. 1 bis 4 der ehemaligen Reichswerke noch in vollem Gange ist, mußte auf britischem Befehl hin die Zerstörungsarbeit auch am Hochofen Nr. 5 begonnen werden.

Demontage der Reiherstieg-Werft

Hamburg. (Eig. Ber.) Vertreter der britischen Besatzungsmacht haben mitgeteilt, daß in Kürze mit dem Beginn der Demontage der noch vorhandenen Anlagen und Einrichtungen in der Reiherstieg-Werft gerechnet werden müsse. Dies gab der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Werft in Hamburg, Hein Fink, auf einer Protestkundgebung in Hamburg gegen den Demontagestop-Prozeß bekannt. Hein Fink wies darauf hin, daß noch im November 1949 von der zuständigen Stelle der britischen Besatzungsmacht versichert wurde, es würden keine Anlagen abgebaut, die für eine künftige Verwendung geeignet seien.

Gegen Schmutz- und Schundgesetz

München. Der „Bayerische Schutzverband deutscher Schriftsteller" hat sich in einem Beschluß mit scharfen Worten gegen die geplante Schmutz- und Schundgesetzgebung gewandt, wie sie augenblicklich von der bayerischen Regierung vorbereitet wird. Nach den bisherigen Erfahrungen sei zu befürchten, daß ein solches Gesetz zur Knebelung der Meinungsfreiheit oder zu einem Kampf gegen literarisch hochwertige Veröffentlichungen mißbraucht werden könnte. Die bereits geltenden Paragraphen des Strafgesetzbuches reichen nach Ansicht des Verbandes für den notwendigen Kampf gegen Schund und Schmutz aus.

Der Streik ist fällig

Sofortige Einberufung der Ruhrrevier-Konferenz gegen die Verschleppung der Lohnverhandlung gefordert

Essen. (Eig. Meld.) Auf einer Protestdemonstration gegen die neuerliche Verschleppung der Lohnverhandlungen im Bergbau erklärte der Vorsitzende der Schachtanlage Westfalen, Ernst Gerber, unter dem stürmischen Beifall aller Delegierten: „Wir können keinesfalls wiederum einer erneuten Verschleppung der Verhandlungen zustimmen. Jetzt müssen wir endgültig einen Zeitpunkt festlegen und den reaktionären Zechenherren ein Ultimatum setzen. Die Frage steht jetzt: Entweder — oder. Wenn unsere Forderung auf Lohnerhöhung nicht anerkannt wird, ist der Streik fällig."

Gerber stellte dann den Antrag, vom Vorstand der Industriegewerkschaft „Bergbau" zu verlangen, daß sofort eine Ruhrrevierkonferenz einberufen wird, auf der bindende Beschlüsse über einen Streik zur Durchsetzung der berechtigten Forderung der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung gefaßt werden. Falls die Verhandlung am Freitag wiederum mit einer Vertagung enden sollte, könne der Beschluß der sofort einzuberufenden Ruhrrevierkonferenz nur die Streikproklamation auf allen Zechen des Ruhrgebietes für den kommenden Samstag sein. Im Ruhrgebiet steht von jetzt an die Frage des Kampfes, so schloß Kollege Gerber seine Ausführungen, und ließ über einen Antrag abstimmen, der gegen nur 5 Stimmen begeistert angenommen wurde.

Während die Bergarbeiter eine generelle Lohnerhöhung von 3 Mark pro Mann und Schicht fordern, verlangt die Industriegewerkschaft Bergbau eine Lohnerhöhung von 12 Prozent. Diese minimale Forderung ist den Kohlenherren zu hoch, denn wie aus den Kreisen der Kohlenbergbauleitung bekannt geworden ist, haben die Zechenvertreter Vollmacht gehabt, einer Lohnerhöhung bis zu 6 Prozent zuzustimmen. Unter dem Druck der einmütigen Entschließungen und der anwesenden Delegierten der Schachtanlagen lehnte die Tarifkommission der IG „Bergbau" dieses der Preisentwicklung Hohn sprechende Angebot ab. Leider unterließen sie es, den anwesenden Delegationen nähere Erklärungen über das Scheitern zu geben.

Verzögerte Seilfahrt

Auf fast allen Schachtanlagen verzögerte sich am Montag infolge der Belegschaftsversammlungen die Seilfahrt. Die Einheitlichkeit des Willens der Bergarbeiter, an ihren Forderungen festzuhalten, wird immer wieder unterstrichen. Der Hauptvorstand wird sich der unmißverständlichen Forderung auf Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz nicht entgegenstellen können. Am Freitag werden die Delegationen noch zahlreicher aufmarschieren als am Montag, und die Kampfentschlossenheit wird die Zechenherren zum Nachgeben zwingen.

IG Bergbau tagt

Bochum. (Nach dpa) Die Industriegewerkschaft Bergbau hält am Sonntag in Gelsenkirchen eine Delegiertentagung ab, auf der 800 bis 1000 Delegierte des Ruhrgebiets zur Frage der Lohnerhöhung im Bergbau Stellung nehmen werden.

Neue Ruhrkohlenpreise ergeben Defizit von 20 Millionen. — Durch Erhöhung der Schichtleistung im Bergbau kann das ausgeglichen werden — so sagt Bundeswirtschaftsminister Erhard

Im Streiflicht gesehen

Hakenkreuzpaß noch immer gültig

Rom. Die vor 1945 ausgestellten deutschen Reisepässe mit den Dienstsiegeln des Dritten Reiches werden in Italien als gültige Personalausweise angesehen. Verschiedene Stellen bestätigten hier das „Kuriosum", daß die alten Reichspässe in Deutschland ungültig seien, während sie im Ausland weiter anerkannt werden. Angeblich soll der alte deutsche Reisepaß den italienischen Behörden mehr Sicherheit über die Identität des Inhabers bieten, als die Nachkriegsausweise.

Protestierende Bauern in Paris

Paris. 20 000 Bauern aus zehn Departements protestierten in mehreren Pariser Versammlungssälen gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung. Die Kundgebungen gingen in aller Ruhe vor sich. Da insbesondere der von der Regierung festgesetzte Richtpreis für Zuckerrüben einen Gegenstand der Auseinandersetzung bildete, führte ein Teil der Bauern auf Spazierstöcke gesteckte Zuckerrüben als gemeinsames Feldzeichen mit sich.

Massenflucht aus dem Überschwemmungsgebiet des Mississippi

New York. Tausende von Flüchtlingen verließen in endlosen Lastwagenkolonnen die von dem stetig steigenden Mississippi bedrohten Niederungsgebiete des Staates Missouri. Der Flüchtlingsstrom wächst mit dem Anschwellen des größten Flusses der Vereinigten Staaten stündlich. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes sind allein aus einem Landkreis von Missouri rund 9000 Menschen geflüchtet. (Nach Reuter.)

Der Gemeindebulle tobt

Hilpoltstein (Oberfranken). In Landersdorf, Kreis Hiltpoltstein, trieb der wildgewordene Gemeindebulle die erschrockenen Bauern auf die Bäume und tobte durch das ganze Dorf. Er konnte erst nach längerer Zeit von einem Bauern wieder eingefangen werden, der ihm von einem Baum herab ein Lasso überwarf. Die erbosten Bauern verkauften den Bullen sofort an einen auswärtigen Viehhändler.

Beulenpest in Südwestafrika

Windhuk (Südwestafrika). Aus der Umgebung von Windhuk in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika werden Fälle von Beulenpest gemeldet. Unter den bis jetzt festgestellten zehn Erkrankungsfällen sind neun Eingeborene und ein Weißer.

Zwei Leprafälle in Italien

Ferrara. In der Nähe der norditalienischen Stadt Ferrara wurden zwei Fälle von Lepra festgestellt. Zwei Brüder, die sich die Krankheit angeblich von Verwandten zugezogen hatten, die aus Argentinien zurückgekehrt waren, wurden in die Leprakolonie bei Genua eingewiesen. (Nach Reuter.)

Im Kampf um den Frieden

Auszug aus der Rundfunkrede des Vors. der KPD, Baden, Erwin Eckert, am 17. Januar 1950

Seitdem Bundeskanzler Adenauer im Bonner Parlament bestätigte, daß die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer Armee der europäischen Föderation, wie er sich ausdrückte, zu erwägen sei, reißen die mehr oder minder deutlichen Hinweise auf eine Remilitarisierung Westdeutschlands im Rahmen des Atlantikpaktes nicht mehr ab.

Die militärischen Ratgeber der westlichen Großmächte haben bekanntlich die Aufstellung deutscher Truppenkontingente in einer sogenannten „europäischen Armee" befürwortet. Führende amerikanische, englische und französische Zeitungen bringen in einer ununterbrochenen Serie von Artikeln zum Ausdruck, daß diese Aussicht der Aufstellung westdeutscher Truppen ins Auge gefaßt werden müsse. Man ist sich nur noch nicht über den Zeitpunkt einig.

Die TIMES schreibt z. B. vor kurzem: „Es wäre verrückt, die Deutschen für eine europäische Armee auszubilden, bevor diese Armee besteht. Aber ohne deutsche Mitarbeit wäre es", so fährt der Artikel fort, „schwierig und vielleicht unmöglich, die russischen Armeen an der Elbe oder am Rhein aufzuhalten." Kommentatoren westdeutscher Rundfunksender haben Herrn Adenauer kritisiert, aber nicht etwa, weil er die Bewaffnung eines deutschen Kontingents in Aussicht stellte, sondern weil er zu früh mit dieser Konsequenz der von ihm verfolgten Politik in die Oeffentlichkeit trat, die auch die Politik der Herren Blücher und des Herrn Dr. Schumacher ist.

Besonders „tapfere Krieger" sprechen jetzt schon davon, daß westdeutsche Divisionen an der Elbe den Ansturm aus dem Osten" zum Schutz der angeblich bedrohten Freiheit aufhalten müssen. Es ist hohe Zeit, diesen Plänen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und der Kriegshysterie ein Ende zu bereiten.

„Wenn unsere beiden Völker", so führte Stalin in seiner Botschaft bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aus, „mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden."

Schon die Propagierung eines möglichen dritten Weltkrieges ist ein Verbrechen.

Ein Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses schrieb am 4. November 1949 im Organ des Kongresses über die Absichten der kriegslüsternen Imperialisten: „Auf dem Kriegsschauplatz Westdeutschlands, zwischen Elbe und Rhein werden wir alle Brücken zerstören. Wir werden alle Schächte ersäufen. Wir werden alle Fabrikschornsteine vom Erdboden tilgen. Wir werden alles zerstören, was die Kommunisten verwenden könnten." Diese allzu bekannten Methoden der verbrannten Erde in einem neuen Weltkrieg können nur dann im Keime erstickt werden, wenn unser Volk unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse die Politik des Herrn Adenauer, seiner Regierung und seiner Trabanten unmöglich macht und die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt verhindert. Die Bevölkerung Westdeutschlands muß sich ohne Unterschied der Konfession, der politischen Anschauung und der Parteizugehörigkeit in Friedensausschüssen zusammenfinden zum gemeinsamen Kampf um die Erhaltung des Friedens. Sie steht in diesem Kampf nicht allein. 800 Millionen Menschen im Lager des Friedens stehen neben ihr. Eine breite Protestwelle gegen die zum Krieg bereiten deutschen Reaktionäre muß die Bonner Regierung zwingen, unmißverständlich und eindeutig zu erklären, daß Westdeutschland sich unter keinen Umständen, weder jetzt noch später in eine Kriegsfront gegen die Sowjetunion einordnen läßt. Die Bonner Regierung muß gezwungen werden, ein gesetzliches Verbot zu erlassen gegen die Aufstellung militärischer oder militärähnlicher Formationen und gegen jede Form eines Arbeitsdienstes. Jede direkte oder indirekte Kriegspropaganda in Versammlungen, Presse oder Rundfunk muß als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verboten und strafrechtlich verfolgt werden. Jede beabsichtigte Waffenherstellung, jede Ausnützung der durch das Ruhrstatut unter die Botmäßigkeit der Imperialisten gestellten Betriebe zur Produktion von Kriegsmaterial muß unmöglich gemacht und der Generalstreik aller arbeitenden Menschen in Zechen, Gruben und Fabriken für den Frieden zur sittlichen Forderung erhoben werden. Nichts wäre gefährlicher als die Unterstützung der mannigfachen Mittel und Möglichkeiten der Kriegsapostel, die Völker Westeuropas für ihren Zweck gefügig zu machen. Sie versuchen mit List und Gewalt, mit Drohungen und Versprechungen, mit Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion die Hemmungen in unserem Volk gegen einen neuen Krieg auszuschalten. Es gilt darum, alle Kräfte, die den Frieden wollen, alle Väter und Mütter, die nicht wollen, daß ihre Söhne als Soldaten sterben müssen, alle Frauen, die nicht wollen, daß ihre Männer zugrunde gehen, alle jungen Menschen, die sich nach einem erfüllten Leben in friedlicher Arbeit sehnen, aufzurufen, mit uns Kommunisten als den Vorkämpfern für den Frieden die Einheit und nationale Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, eine große Front des Widerstandes gegen Krieg und Vernichtung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

aufzurichten. Die wenigen Worte dieser Sendung sollen die Friedensfreunde der badischen Bevölkerung zur Sammlung rufen. Wer für eine friedliche Zukunft Deutschlands kämpfen will, muß dafür sorgen, daß alle, die dem Frieden zu dienen bereit sind sich auch in unserem Lande zusammenfinden, um die gefährliche Kriegspropaganda zu entlarven und unser Volk vor der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges zu bewahren.

Finnische Volksdemokraten überflügeln SP

Helsingfors. Die finnische Wahl, bei der die Wahlmänner für die Abstimmung über den künftigen finnischen Staatspräsidenten gewählt wurde, hat einen beachtlichen Zuwachs der Stimmen für die Volksdemokraten in Finnland gebracht. Zum ersten Male haben die Volksdemokraten die Sozialdemokratie überflügelt. Sie erhielten 66 Wahlmänner gegenüber vorher 56, währenddem die Sozialdemokratie von 82 auf 65 zurückfielen. Der Verlust der Sozialdemokraten und der Gewinn der Volksdemokraten wird als Folge der Tatsache gewertet, daß ähnlich wie 1932 in Deutschland die SPD für Hindenburg, die finnische SP für den von den Konservativen vorgeschlagenen bisherigen Staatspräsidenten Paasikivi stimmte.

Marshallplan-Güter auf USA-Schiffen

Washington. (Nach dpa) Der Sachbearbeiter für Schiffahrtangelegenheiten bei der deutschen ERP-Mission in den USA, von Biel, ist in Washington eingetroffen. Er wird dort die Verfrachtung der Marshallplangüter wahrnehmen, die zu 50 Prozent auf amerikanischen Schiffen befördert werden müssen.

„Großmacht Formosa"

Amerikanische Hoffnung auf Sprengung der UN bleibt unerfüllt

Berlin. (EB) Die Kette der Anschläge der Westmächte auf die UN wurde fortgesetzt, betonen politische Beobachter in Lake Success, zu den Vorwürfen, die sich in Zusammenhang mit den chinesischen Entscheidungen der USA abspielten. Die sowjetischen Delegierten hatten aus Protest gegen die illegale Anwesenheit der Vertreter der „Großmacht Formosa" auch den Verfahrenausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates, den Flüchtlingsausschuß und den Ausschuß zum Schutz der Minderheiten verlassen.

Die genannten Kreise verweisen darauf, daß es schon seit längerem der Plan der USA ist, die UN zu sprengen und sie nur einen Vorwand suchten, um ihr Vergehen an den Völkern zu vertuschen. Sie glaubten jetzt, die Gelegenheit wäre günstig. Doch verfange die „Haltet-den-Dieb-Methode" nicht mehr.

Der aggressive Kurs der Westmächte sei zu offensichtlich, als daß sie heute immer noch damit täuschen könnten. Er führe von dem skrupellosen Gebrauch der UN-Abstimmungs-Maschinerie auf den kriegerischen Atlantikpakt, zu der heutigen provozierten Situation. Die klare Friedenspolitik der Sowjetunion und die Entwicklung in China würden jedoch alle Anschläge auf die weltumspannende UN zunichte machen.

Höchste Alarmstufe

Wenn Adenauer dementieren läßt

Herr Bourdie war sehr aufgeregt am Samstag. Herr Bourdin ist nämlich Herrn Adenauers Bundespressechef.

Da hatten doch alliierte Beamte in Frankfurt erklärt, daß einige deutsche Generale Herrn Adenauer Pläne für eine westdeutsche Armee vorgelegt haben. Stimmt nicht, sagt Herr Bourdin, und setzt damit die Dementierspritze in Tätigkeit. Militärische Besprechungen mit ehemaligen Generalen habe Dr. Adenauer nicht geführt. Worüber also hat er sich mit ihnen unterhalten, da doch die Gespräche selbst nicht abgestritten werden. Ueber das milde Wetter, das uns dieser Winter bisher brachte? Und dann Herr Bourdin wörtlich:

„Es sei kein Fünkchen Wahrheit in den Berichten, wonach als Mindestforderung die Aufstellung einer Infanterie-Division bis Juni 1950 und die Aufstellung eines Panzerkorps bis 1951 vorgeschlagen sein sollte."

Dies Dementi ist in Wirklichkeit keines, denn nur Einzelheiten über die Remilitarisierungsverhandlungen werden bestritten, wie die Anzahl der Divisionen und Korps und die Daten, mit denen bei ihrer Aufstellung zu rechnen ist. Nicht bestritten wird, daß Verhandlungen überhaupt stattfinden.

Der Massensturm der Entrüstung, den Adenauers Remilitarisierungsreden und -interviews im deutschen Volke, insbesondere in der deutschen Jugend hervorgerufen haben, die nicht wieder Schlachtvieh für den Imperialismus, diesmal für den fremden, für die Aufrechterhaltung und Ausbreitung der Herrschaft großer Kolonialherren sein will, hat ihn nicht veranlaßt seine Pläne aufzugeben und öffentlich von ihnen abzurücken. Im Gegenteil. Wie aus den Erklärungen der alliierten Beamten in Frankfurt geschlossen werden muß, ist Dr. Adenauer von der Propaganda für die Aufstellung eines „deutschen Kontingents in einer europäischen Armee" zur Aufstellung von Plänen übergegangen, die der Verwirklichung seiner Absichten dienen sollen.

Die Erklärung der alliierten Offiziere und das sogenannte Dementi des Herrn Bourdin sind alarmierend. Sie sollen alle Deutschen veranlassen, im Kampf gegen Adenauers Remilitarisierung nicht zu erlahmen, sondern ihn überall aufzunehmen und weiterzuführen.

Solche Protestkundgebungen, wie die am 12. Januar vom Offenbacher Forum veranstaltete, die einen Masenbesuch aufzuweisen hatte, deren Teilnehmer in einer Entschließung versprachen, „mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch jeden Versuch einer Remilitarisierung zu verhindern," sind unerhört wichtig und wertvoll. Noch mehr muß geschehen, damit der Kampf gegen den Krieg erfolgreich sei. Man muß ihn organisieren, z. B. durch die Schaffung von Friedenskomitees in Stadt und Land. Das ist eine Empfehlung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, niedergelegt in seiner Entschließung „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber." Sie sollte überall befolgt werden. I. H.

Adenauer ist kein Verfechter der deutschen Sache

Nur die Kommunisten kämpfen gegen Lostrennung des Saargebiets

Dr. Adenauer hat sich am Montag den Anschein eines Verfechters der nationalen deutschen Sache geben wollen, als er auf einer Pressekonferenz die Bevölkerung des Saargebietes dazu aufrief, gegen die Pläne seines Kollegen und Parteifreundes an der Saar, des Christlichen Volksparteilers und Ministerpräsidenten Hoffmann zu wenden.

An der Saar nämlich gehen die Separatisten, die die Regierung in der Hand haben, konsequent den Weg der völligen Auslieferung ihrer engeren Heimat an Frankreich.

Was hat Dr. Adenauer der Politik seiner Freunde an der Saar an Positivem entgegengesetzt?

„Vielleicht könnten — um einmal den Gedanken zur Debatte zu stellen — die Ideen und Erwägungen des Ruhrstatuts auf die Saar, vielleicht auch auf die Eisenerze Lothringens ausgedehnt werden . . . Das Ruhrstatut sollte doch eine europäische Wirtschaft einleiten. Der Marshallplan verlangt auch, daß nun die mehr regionalen Gesichtspunkte in der Wirtschaft oder die rein ländermäßigen Gesichtspunkte der Wirtschaft gegenüber den europäischen Gesichtspunkten zurücktreten sollen."

Dr. Adenauer will also — denn das ist der Kern der Sache — die Lostrennung von einem Stück Deutschland und seine vollständige Angliederung an Frankreich ersetzen durch die Heiligsprechung der Umwandlung Westdeutschlands in eine Kolonie des Imperialismus, unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Hilfe. Wie man sieht, scheute er sich auch nicht, wiederum auch in diesem Zusammenhange das Ruhrstatut anerkennend zu erwähnen.

Adenauer erklärte im Verlaufe der Pressekonferenz, als er von dem Eigentum des ehemaligen Deutschen Reiches an den Saargruben sprach, daß alles frühere Reichseigentum im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik seinem, Adenauers Separatstaat Westdeutschland gehöre. Nicht nur lächerlich ist, was Adenauer sagte. Zugleich zeigte er seine Volksfeindlichkeit; denn der ehemalige Reichsbesitz in der Deutschen Demokratischen Republik ist längst Eigentum des deutschen Volkes geworden.

Gefährlich, weil antinatinonal, ist Adenauers Versuch, die völkerrechtswidrige Lostrennung des Saargebietes von Deutschland in einem Atemzuge zu nennen mit der Festlegung der Oder-Neiße-Linie. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erfolgte auf der Potsdamer Konferenz, durch die Regierungschefs der Großmächte England, Amerika und die Sowjetunion. Wenn dort auch von einer endgültigen Regelung gesprochen wird, die bei Abschluß des Friedensvertrages erfolgen soll, so ist doch klar, daß es sich dabei nur um geringfügige Aenderungen aus kartographischen Gründen handeln könnte. Es handelt sich um Wiedergutmachung und um Sicherheit gegen neue Ueberfälle von Deutschland aus, die Polen und der Sowjetunion gewährt wurden. Deshalb ist die Oder-Neiße-Linie die Friedensgrenze.

Die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland bedeutet dagegen die Loslösung seiner jetzigen Bewohner von ihrer Heimat Deutschland, bedeutet schwere wirtschaftliche Nachteile für sie und für ganz Deutschland. Dr. Adenauer konnte sich nicht im Unklaren darüber sein, daß er der Loslösung des Saargebietes von Deutschland das Wort redete, wenn er sich bei der Behandlung dieser Frage in irgend einer Weise auf die Oder-Neiße-Linie bezog.

An der Saar gibt es nur eine Partei, die gegen den Separatismus, gegen die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland kämpft, das ist die kommunistische Partei. Sie findet dabei einen tiefen Widerhall im Volke. In ganz Westdeutschland ist die KPD die einzige Partei, die den Kampf gegen die Verwandlung Westdeutschlands in eine Kolonie führt und organisiert, die zum Kampf aufruft für die nationale Unabhängigkeit und für die Einheit unseres Vaterlandes in der Deutschen Demokratischen Republik. So kämpft sie auch für Arbeit und Brot und für den Frieden. I. H.

Nach Holland zum Parteitag eingeladen

Genosse Robert Lehmann, Angeklagter im Demontagestop-Prozeß, Delegiertenführer

Die Kommunistische Partei der Niederlande wird in der Zeit vom 25. bis 28. Februar in Rotterdam ihren Parteikongreß abhalten. Der Parteivorstand der KPD ist eingeladen worden, zu dieser Tagung eine Delegation zu entsenden. In Anbetracht der Bedeutung, die dem Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Niederlande im Kampfe um die Unabhängigkeit der Völker, im Kampfe gegen die Kriegsbrandstifter und für die Verteidigung des Friedens zukommt, und um der Völkerverständigung zu dienen, hat das Sekretariat des Parteivorstandes beschlossen, der Einladung zu entsprechen. Die Delegation, die nach Rotterdam reist, wird geführt von dem Mitglied des Niederländischen Landtages, Robert Lehmann, der im Demontagestop-Prozeß angeklagt ist. Ferner gehören ihr an, der erste Vorsitzende der KPD im Lande Bayern, Hermann Schirmer und der Betriebsratsvorsitzende des Stahlwerkes „Hasper Hütte".

„De Waarheid", Amsterdam in eigener Druckerei

Frankfurt a. M. (EB) Der Parteivorstand der KPD hat an die Chefredaktion „De Waarheid" nachstehenden Brief gesandt:

Werte Genossen!

Mit großer Freude nahmen wir Kenntnis davon, daß Eure Zeitung „De Waarheid" vom 21. Januar ab auf eigener Rotationsmaschine in eigener Druckerei hergestellt werden wird. „De Waarheid", das Organ der Kommunistischen Partei der Niederlande, ist in Eurem Lande die einzige Zeitung, die Tag für Tag der Arbeiterklasse und dem ganzen Volke Wegweiser ist in den Kämpfen um Lohn und Brot, um die Verteidigung der materiellen Existenz. Zu gleicher Zeit kämpft Ihr gegen den amerikanischen Imperialismus, der Eurem Land und Volk die nationale Unabhängigkeit nimmt. im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter und für die Verteidigung des Friedens steht „De Waarheid" auf vorgeschobenem Posten. Die Hilfe, die Ihr dem indonesischen Volk in seinem Kampf um die Befreiung aus den Fesseln des Imperialismus verleiht, zeigt, daß sich bei Eurer Arbeit wahrer Internationalismus mit wahrem Patriotismus in eins verbindet.

Ihr habt nie das deutsche Volk gleichgesetzt mit der verbrecherischen Naziclique und ihren Banden, die so viel Unheil über Euer Land und Euer Volk brachten. Jetzt vertretet Ihr, getreu den Beschlüssen Eurer Partei, das Kampfbündnis der Friedenskräfte in den Niederlanden mit den Friedenkräften in Deutschland. Unseren großen internationalen Kundgebungen für den Frieden am 7. und 8. Januar in Düsseldorf, Essen und Dortmund, zu denen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Niederlande den Genossen Jan Haken entsandte, habt Ihr große Aufmerksamkeit geschenkt und bei Eurer Berichterstattung einen hervorragenden Platz in Eurem Blatte eingeräumt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß „De Waarheid" mit eigener Rotationsmaschine im eigenen Hause ausgerüstet, der Kommunistischen Partei der Niederlande und ihrem Zentralkomitee noch wirksamer als bisher helfen wird, ihre großen Aufgaben als Führerin der niederländischen Arbeiterklasse und des niederländischen Volkes zu erfüllen.

In diesem Sinne übersenden wir Euch am Beginn eines neuen Abschnittes in der Existenz Eurer Zeitung „De Waarheid" zusammen mit den besten Glückwünschen brüderliche Kampfesgrüße.

Der Parteivorstand der KPD, Max Reimann.

Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion

Nach Frankfurt, Hannover und Hamburg wurde in den letzten Tagen auch in Kassel und Stuttgart die „Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion" gegründet. Männer und Frauen aus den Betrieben, aus Politik, Wissenschaft und Kunst haben sich für die Mitarbeit in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt, so gehört z. B. in Hamburg der bekannte Verleger Ernst Rowohlt dem Vorstand der Gesellschaft an.

Die Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung Westdeutschlands über die Kultur, die Wirtschaft und die Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion zu unterrichten, da bisher in Westdeutschland das Bild von der Sowjetunion noch weitgehend durch Lüge, Verleumdung und Unkenntnis getrübt ist. Kenntnis über die Sowjetunion zu erwerben aber ist Pflicht für jeden, der bewußt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen will. Denn die Sowjetunion, die ein Sechstel der Erde umfaßt, ist heute die stärkste Friedenskraft in der Welt, deren Politik auch für Deutschland entscheidende Bedeutung hat. Die Sowjetunion ist das erste Land der Erde, das einen neuen Weg der gesellschaftlichen Ordnung beschritten hat: den Sozialismus. Und dieser Weg steht heute in einer Welt der Krisen und Kriege mehr denn je zur Diskussion. Bei der Entscheidung über die Zukunft der Völker der Erde kann kein Land auf die Erfahrungen der Völker der Sowjetunion verzichten.

Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion sieht in der Freundschaft aller Völker der Erde eine wesentliche Grundlage für die Erhaltung des Friedens und für den Fortschritt der Menschheit. Sie glaubt, mit den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, diesem Ziele zu dienen.

Pressestimmen

„Unsere Politik ist den Lebensinteressen Deutschlands und Japans entgegengesetzt"

Seit die Truman-Doktrin vor drei Jahren proklamiert wurde, hat sich die Lage der USA unter der Einwirkung von zwei großen Ereignissen, die im Jahre 1949 stattfanden, ernstlich verschlechtert. Eines davon war der Erfolg der Sowjetunion, das amerikanische Monopol der Atomwaffen zu brechen. Das andere war der Erfolg Mao Tse Tungs, der die chinesische Revolution organisierte und führte. Diese beiden Ereignisse werden weitgehende Folgen auf den ganzen eurasischen Kontinent und insbesondere auf die beiden wichtigsten Länder haben, die entscheidend für das Kräfteverhältnis sein werden. Das eine Land ist Deutschland, das andere Japan. Sowohl in Deutschland als auch in Japan sind jetzt die Kräfte, die diese Länder nach der Sowjetunion hin drängen und von uns lösen wollen, tatsächlich sehr stark . . .

Im Lichte dieser Weltgefahr ist eine Ueberprüfung unserer Politik äußerst dringlich. Ich meine damit die Politik der „Einkreisung", die konkret in der Teilung Deutschlands, der Besetzung Japans und einem fast vollständigen Abbruch der Beziehungen zu allen Ländern innerhalb des sowjetischen Machtbereichs besteht. Diese Politik ist auf Voraussetzungen gegründet, die sich jetzt offensichtlich als trügerisch erwiesen, nämlich darauf, daß eine strenge Blockade des sowjetischen Machtbereichs den Kommunismus drosseln und seine militärische Stärke verringern könnte . . .

Es ist beinahe nur von akademischem Wert, darüber zu reden, ob wir die Deutschen und die Japaner gegen die Sowjetunion bewaffnen sollen. Denn der maßgebliche Faktor ist, daß weder wir, noch die Deutschen und die Japaner Deutschland und Japan verteidigen könnten . . .

Wenn wir weiterhin auf der Linie unserer Politik beharren, wie sie im Jahre 1947 ausgearbeitet wurde, müssen wir damit rechnen, daß Deutschland und Japan nicht notwendigerweise in Richtung auf den Kommunismus als solchen, aber in Richtung auf ein Bündnis mit Rußland immer näher kommen. Die Linie unserer Politik ist den Lebensinteressen Deutschlands und Japans entgegengesetzt. Wir bieten weder Westdeutschland noch Japan Sicherheit. Wir bieten Deutschland nicht seine eigene Einheit und nicht den Zugang zu den osteuropäischen Märkten. Wir bieten Japan nicht den Zugang zum Festland, obwohl seine wirtschaftliche Existenz davon abhängt. Deshalb werden die Deutschen und die Japaner mit aller Sicherheit darauf hinarbeiten, sich unserer Kontrolle zu entziehen, um ihre Handlungsfreiheit wieder zu gewinnen. Dies würden auch wir tun, wenn wir uns an ihrer Stelle befänden. Denn die Politik der Einkreisung verweigert ihnen Einheit, Sicherheit und wirtschaftliche Möglichkeit. Deshalb müssen sie und werden sie sich aus ihr herauswinden . . .

Wenn der Hauptzweck unserer Politik darauf ausgerichtet sein muß, ein Bündnis zwischen Deutschland, Japan und Rußland zu verhindern, dann müssen wir den Gedanken aufgeben, Deutschland und Japan zu unseren Verbündeten zu machen.

(Walter Lippman in der „New York Herald Tribune"

Wer liefert Mao Tse Tung die Schienen

Der Einspruch der alliierten Behörden gegen die Lieferung von 100 000 Tonnen Eisenbahnschienen aus dem Ruhrgebiet an China hat uns einmal mehr die ausgeprägte Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von dem guten Willen der Besatzungsmächte demonstriert. Wir sind zum Schaden unseres Außenhandels neuerlich an die Existenz von Ziffer 2, Abs. g, des Besatzungsstatuts erinnert worden, die den alliierten Behörden die Kontrolle des deutschen Außenhandels sichert. Ein verlockendes und zukunftsträchtiges Geschäft ist dadurch nicht zustande gekommen. Deutschland, das durch Krieg und Nachkriegszeit so ziemlich von sämtlichen Märkten ausgeschlossen wurde, sieht sich einer wesentlichen Absatzmöglichkeit beraubt... Es wäre sonderbar, wenn Mao Tse Tung nicht doch zu seinen Eisenbahnschienen käme. Nur die deutsche Wirtschaft wird sie ihm nicht liefern dürfen.

„Hannoversche Allgemeine Zeitung"

Die Rolle Japans als USA-Satellit

Washington. (HVZ) Mit der Begründung, die USA könne es sich nicht leisten, Japan als vorgeschobenen Stützpunkt zu verlieren, tritt die Marinezeitschrift „US-Naval Institute Proceedings" für eine Remilitarisierung Japans ein. Das damit verbundene Wiederaufleben des japanischen Militarismus wird von der Zeitschrift, die vom Chef der Flottenoperationen herausgegeben wird, als „das kleinere Uebel" gegenüber einer Besetzung durch USA-Truppen auf unbegrenzte Zeit bezeichnet. Die Zeitschrift ist der Ansicht, daß die von den USA-Besatzungsbehörden zugelassene bewaffnete Polizeitruppe in Stärke von 100 000 Mann „durchaus als Kern einer neuen japanischen Armee dienen könnte". In der bereits bestehenden Küstenwache sei auch die Grundlage für den Aufbau einer neuen Marine vorhanden.

Die den von den USA Gebieten zugedachte Rolle als Bollwerk im „Kalten Krieg" wird damit ein zweites Mal mit zynischer Offenheit dargelegt. Für Westdeutschland ist diese Gefahr auch nach dem Adenauer-„Dementi" weiterhin akut. Nur der Zusammenschluß aller friedlichen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland kann eine solche verhängnisvolle Entwicklung verhindern und den friedlichen Aufbau Deutschlands sichern.

Dertinger zur Saarfrage

Berlin. (dpa) Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dertinger, appellierte an das deutsche Volk, gegen den Raub des Saargebietes zu protestieren und klare Rechenschaft über die geheimen verräterischen Abkommen zwischen Außenminister Schuman und Bundeskanzler Dr. Adenauer zu verlangen. Auf der Sitzung der provisorischen Volkskammer erklärte Dertinger, Außenminister Schuman sei nur deshalb nach Deutschland gekommen, um der rechtswidrigen Annektion des Saargebietes den Weg zu ebnen.

Winzer, Euch geht's an!

Bonn. (SID) Es sei für die Bundesregierung notwendig, bei Wirtschaftsverträgen gegenüber den am Weinexport stark interessierten Ländern Zusagen zu machen, sagte Landwirtschaftsminister Niklas in seiner Antwort auf eine Anfrage der KPD-Fraktion. Diese Anfrage forderte die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Winzer und des deutschen Weinhandels gegenüber den Marshallplan-Einfuhren. „Die Antwort des Ministers geht an der erschreckenden Not des deutschen Weinbaues völlig vorbei", stellte der Vertreter der KPD-Fraktion im Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß des Bundestages, Abg. Niebergall dazu fest. „Die Antwort des Ministers, daß die Grenze der Weineinfuhr so eng wie irgend möglich gezogen werden solle, ist nichtssagend, da es gar nicht im Machtbereich des Kabinetts Adenauer liegt, die Grenze der Einfuhren festzulegen. Die Grenze wird durch die Marshallplan-Verwaltung fest vorgeschrieben."

„Die von den Herren Wirtschaftsminister Erhard und Landwirtschaftsminister Niklas geforderte Liberalisierung des Handels wird den deutschen Weinbau noch schutzloser als jetzt den ausländischen Weineinfuhren aussetzen(, äußerte Niebergall weiter. Die Antwort des Herrn Niklas ließe erkennen, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nicht gewillt ist, dem bedrohten deutschen Weinbau Hilfe zu gewähren, während er sich dafür einsetzt, daß eine kleine aber wirtschaftlich um so stärkere Gruppe von Weinimporteuren auch weiter auf ihre Kosten kommt.

Die Kommunistische Fraktion im Bundestag werde aber ihren Kampf um die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Winzer und des deutschen Weinhandels fortsetzen.

USA greift nach Indonesien

F. U. Das von 70 Millionen Menschen bewohnte Indonesien ist eines der Gebiete Asiens, das für die amerikanischen und britischen Imperialisten eine ganz besonders große Bedeutung hat. Abgesehen von seiner strategischen Stellung als Schutzwall vor Indien ist es vor allem wirtschaftlich ungeheuer reich. Vor dem zweiten Weltkrieg betrug der Anteil dieses Gebietes an der Weltproduktion 98 Prozent bei Chinin, 37,8 Prozent bei Kautschuk, 30 Prozent bei Kopra, 44,5 Prozent bei Palmöl, 16,5 Prozent bei Tee und 86 Prozent bei Pfeffer. Es ist daher nur allzu verständlich, daß, alle Gegensätze außer acht gelassen, die Kolonialherren ein gemeinsames Interesse haben, mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Schätze in die Hand des Volkes fallen.

Dem schärfsten und grausamsten Terror zum Trotz ist es in vier Jahren nicht gelungen, das seit dem Kampf um die Befreiung von den japanischen Imperialisten stark gewordene Nationalbewußtsein niederzukämpfen. Im Gegenteil, seit die Kunde von der Befreiung Chinas nach Indonesien drang, hat die Volksbefreiungsbewegung sich ungeheuer verstärkt.

Da sich die Völker Indonesiens mit alten Kolonialmethoden nicht mehr auf die Knie zwingen lassen, werden neue Methoden an ihnen ausprobiert. Unter amerikanischer Einwirkung willigte die holländische Regierung ein, die „Unabhängigkeit" von Indonesien zu proklamieren. Diese „Unabhängigkeit" sieht in der Praxis so aus, daß willkürlich 16 von feudalen Sultanen beherrschte Staaten und Stätchen gebildet und in einer „Niederländisch-Indonesischen Union" zusammengefaßt werden, an deren Spitze die Königin von Holland steht, die nach wie vor die außenpolitischen Interessen dieser, wie es so schön heißt, „selbständig gewordenen Kolonie" vertritt.

Um sich ein wirkliches Bild von dieser, von der westlichen Presse so angepriesenen „Unabhängigkeit" zu machen, braucht man nur noch hinzuzufügen, daß die holländischen Truppen nicht abgezogen wurden, sondern nur versprochen wurde, sie „langsam zurückzuziehen", sowie daß die holländischen Besitzungen außerhalb der indonesischen Gesetzgebung blieben.

Doch auch die USA sind bei der von ihnen angeregten „Lösung" nicht zu kurz gekommen. Nachdem es die amerikanischen Erdöl-Trusts verstanden, sich der Erdölquellen auf Borneo und Sumatra zu bemächtigen und Hunderte von Bohrtürmen und Dutzende von Erdölraffinerien zu errichten, nachdem die USA-Monopole Kautschukplantagen mit einer Gesamtfläche von mehr als 1 Million acres in Besitz nahmen, nachdem sie die früher der holländischen Gesellschaft Dutch Tin Co. gehörenden Zinnvorkommen von Celebes erwarben, ist es kein Wunder mehr, daß von 2,5 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen bereits eine Milliarde amerikanisch ist. Das Blatt der schweizerischen Hochfinanz, die „Neue Züricher Zeitung", hat daher recht, wenn es am 29. Dezember 1949 zu der Feststellung kommt, daß „auf jeden Fall die frühere Vorzugsstellung Hollands dahingegangen ist."

Die „Regierung", die auf amerikanische Empfehlung eingesetzt wurde, beweist im übrigen noch deutlicher, um was für eine Art von Unabhängigkeit es sich bei den „Vereinigten Staaten von Indonesien" handelt. „Staatschef" ist derselbe Soekarno, den der holländische Informationsdienst vor vier Jahren — in „Le Monde" vom 29. Dezember 1949 steht es nachzulesen — als „den Vertrauensmann der Japaner" bezeichnete, der gemeinsam mit dem heutigen „Ministerpräsidenten" Hatta „den Ministerpräsidenten des Kaisers von Japan respektvoll grüßte" und der noch 1944 seinen Willen kundtat, „für Japan zu leben und auch für Japan zu sterben, falls es besiegt werden sollte". Daß sie nach wie vor im Solde der Imperialisten „leben und sterben wollen" — nur nicht mehr im Solde der japanischen — beweist schon Soekarnos Neujahrsbotschaft, in der er geschäftig mitteilte, daß es „in Indonesien Schätze gibt, die nur darauf warten, ausgebeutet zu werden" und die „jedem offenstehen, der für die Entwicklung des Landes arbeitet" (New York Herald Tribune vom 2. Jan. 1950).

Doch die Soekarno und Hatta sind ebensowenig wie die Heuß und die Adenauer die Vertreter des Volkes. Trotz des Marionettenspieles befinden sich ganze Provinzen Indonesiens in der Hand der Volksbefreiungsbewegung, die ihren Kampf verstärkt. Es kann daher kein Zweifel mehr bestehen, daß es den Völkern Indonesiens, gestützt auf das große Beispiel des chinesischen Volkes, gelingen wird, die Fremdherrschaft samt ihren Marionetten hinwegzufegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Schon wieder geplatzt

Also i muß schun sage: g'hörigs Pech hen jo die Herre vun de weschtliche Zittunge. Jetz hen se grad die prima Hetze mit de Kriegsgefangene in de Sowjetunion verlore, weil jede Tag neue Meldunge kumme, daß widder irgendwo de Letschte hemkumme isch un dauernd neue entlasse were — grad hen se sich umgschtellt uf e neue Hetzplatt: KZ in de „Oschtzone", un jetz machene die böse Russe schun widder e Schtrich durch d'Rechnung. Die Internierungslager were ufglöst.

Die Meldunge do drüber in dene Zittunge sin dann au ziemlich lahm. Die „Badische Zeitung" zum Beischpiel probiert's mit der kümmerliche Ueberschrift „Die Hälfte wird entlassen". Dabei muß sie selber feschtschtelle, daß bloß noch die gefange g'halte were, wo vorme richtige Gericht abgeurteilt worde sin, wo also tatsächlich ebb's verbroche hen.

Zwei Johr lang sin die Leser jetzt g'füttert worde mit immer neue Meldunge über „Grausamkeite" in de Oschtzone-KZ, zwei Johr lang hen se mit immer neue Produkte vun phantasiebegabte Dichter d'Leut verhetzt, un heut schteht irgendwo so ganz klein, daß die Behandlung in de Internierungslager vun der Deutsche Demokratische Republik „leidlich gut" gsin wär.

Debei muß-mr au noch wisse, was des für Leut ware in dene Lager. Dodrüber hen nämlich dererlei schöne Blättlen wohlweislich gschwiege. Mer muß wisse, daß drübe die Entnazifizierung schun lang fertig isch, un daß dort nit die „Kleine" noch irgendwo an ihre ufgebrummte Geldschtrofe rumdoktere, sundern tatsächlich die **Große** beschtroft worde sin.

Die, wo jetz noch in de Internierungslager gsesse sin, sin also Leut, wo wirklich Dreck am Schtecke hen, oder wo jetz versucht hen, de Ufbau z'hindere mit dunkle Macheschafte. Un sogar **do** were jetz die kleinere Sünder entlasse. Aber große Verbrecher, des find ich ganz richtig, wenn die hinder Schloß un Riegel sitze! Bloß bei uns im Weschte laufe se frei rum, die Herre, wo Millione am Blut vun unsere Soldate verdient hen, un drübe were se ingschteckt.

Aber do drüber kann mer jo in de weschtlische Presse nix lese. Die hen jo bloß eine Ufgabe: Hetze un noch emol Hetze gege de Oschte, un d'Leut abhalte, daß se nit ufbegehre gege die Zuschtänd bei uns im Weste. Do nehme se alles, was se nur finde könne, un wenn se au morge zugebe müsse, daß es nit wohr war. I bin bloß geschpannt, was se morge widder für e neues Märchen hen, wo jetz doch die „KZ" nimmer ziehe. G.P.

Wie lange noch?

Amerikanischer Offizier fuhr drei Deutsche tot

Heidelberg (lwb). Gegen den in Heidelberg stationierten amerikanischen Oberleutnant David W. Tucker ist eine militärgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Tucker hatte in der Nähe von Kaiserslautern mit seinem Kraftwagen einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem 3 Deutsche getötet und einer schwer verletzt wurde. Er soll mit zu hoher Geschwindigkeit gefahren sein.

War es ein amerikanischer Wagen, aus dem geschossen wurde?

Wiesloch. Bei der Tankstelle in Wiesloch wurde am Sonntagabend ein Mädchen aus einem vorbeifahrenden Auto angeschossen, so daß ihr in der Klinik aus dem Oberschenkel eine Kugel operativ entfernt werden mußte. Das Mädchen nimmt an, daß es sich um einen amerikanischen Wagen handelt, aus dem geschossen wurde.

Auf zum Deutschland-Treffen der Jugend

Die FDJ ruft alle jungen Friedenskämpfer Pfingsten 1950 nach Berlin

Der Landesvorstand der Freien Demokratischen Jugend, Land Baden, richtet an die südbadische Jugend anläßlich des Pfingsttreffens der deutschen Jugend in Berlin folgenden Aufruf:

„Der Zentralrat der FDJ hat zu einem großen Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden, Einheit, nationale Unabhängigkeit und ein besseres Leben aufgerufen. 500 000 Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands werden Pfingsten 1950 nach Berlin kommen. Hier werden alle aufrechten und friedliebenden jungen Deutschen beweisen, daß sie sich einig sind in ihrem Kampf für den Frieden, ein geeintes unabhängiges Vaterland und ein besseres Leben.

Zehntausende junger Menschen aus Westdeutschland werden sich an diesem gewaltigen Friedenstreffen beteiligen. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung kennt kein größeres Ereignis, als das Deutschlandtreffen der Jugend. Es gilt den Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Kriegs verstärkt zu führen und die Friedensfront der deutschen Jugend zu verbreitern und zu festigen. Die Kriegspläne der westlichen Imperialisten und ihrer Helfer in Westdeutschland werden zerschlagen, wenn die deutsche Jugend sich dagegen wehrt, als Landsknechte für fremde Interessen zu verbluten.

Wir lassen unsere Kraft nicht zersplittern!

Viele jungen Menschen werden fragen, was das alles mit ihnen zu tun habe. Viele werden denken, welcher Sinn soll wohl darin liegen, wenn sie sich an einem solchen Jugendtreffen beteiligen. Ihnen sei eindringlich in Erinnerung gerufen, daß der Krieg bereits fast 5 Jahre beendet ist, und wir noch immer keinen Frieden haben.

Viele von uns sind ohne Lehrstellen oder haben nur eine mangelhafte Berufsausbildung. Hunderttausende sind arbeitslos oder durch Demontage bedroht. Wir müssen uns unser Studium erhungern, soweit uns die Pforten der Hochschulen und Universitäten nicht überhaupt gänzlich verschlossen sind.

Wir jungen Umsiedler und Heimkehrer werden als Menschen zweiter Ordnung behandelt, die Gleichberechtigung ist uns versagt. Wir jungen Landarbeiter schuften ohne Schutz und Aufstiegsmöglichkeiten. Die Höfe unserer jungen Bauern werden durch die ausländische Konkurrenz immer weniger lebensfähig.

Regierung und Behörden machen keine ernsthaften Anstrengungen, um unsere Tage zu verbessern. Darüber hinaus werden von den westlichen Besatzungsmächten Betriebe der Friedensindustrie demontiert und unsere Rohstoffquellen für fremde Interessen ausgebeutet. Eine selbständige deutsche Wirtschaft und ein unabhängiger deutscher Außenhandel, die uns Arbeit und Brot geben würden, sind uns untersagt.

Auf Befehl der Westmächte wurde unsere einheitliche deutsche Geldwährung zerstört, der Bonner Separatstaat geschaffen und somit unsere Heimat gespalten. Durch das Ruhrstatut, dem die Rundesregierung ihre Zustimmung gab, wurde der deutschen Wirtschaft das Herz entrissen, Besatzungsstatut und jahrzehntelange Besetzung machen unsere Heimat zu einer Kolonie und sollen die fortdauernde Ausbeutung ermöglichen. Deshalb tun sie nach ihrem alten imperialistischen Prinzip — teile und herrsche — alles, um die Zersplitterung unter der Jugend zu vertiefen und ihre gemeinsamen Aktionen zu verhindern. Sie unterdrücken die Bestrebungen aller ehrlichen und aufrichtigen Deutschen zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Wir lassen uns nicht noch einmal mißbrauchen

Noch sind die Wunden des Krieges nicht verheilt und schon wieder versuchen verantwortungslose Politiker uns in einen neuen Krieg zu treiben. Sie üben Verleumdung und Hetze gegen andere Völker und gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie hetzen besonders gegen die Sowjetunion, weil dieses Land des Sozialismus keine Arbeitslosigkeit und keine Krisen kennt und als der entschiedenste Gegner eines neuen Krieges die stärkste Friedensmacht ist.

Sie benutzen die Notlage der jungen Umsiedler und Heimkehrer, um sie unter der Losung der Revision der Friedensgrenze an Oder und Neiße in ihre Kriegspläne einzuspannen. Sie überschütten uns mit Kitschfilmen, Schund- und Kriegsliteratur, um uns vom Kampf zur Beseitigung unserer Sorgen und Nöte abzulenken. Sie preisen Arbeitsdienst und Fremdenlegion. Sie wollen uns drillen und mit unserem jungen Blut andere Völker unterdrücken.

Wir erkämpfen uns den Frieden!

Wir aber wollen uns in einer wiedervereinten unabhängigen Heimat eine glückliche Zukunft schaffen und mit all Völkern der Welt in Frieden und in Freundschaft leben.

Das, Freunde in Südbaden, ist der Sinn unseres großen Treffens in Berlin. Die Vorbereitungen hierzu sind auch in Südbaden in vollem Gange. Jeder von Euch, der auf dieser Grundlage bereit ist, mit uns den Kampf um die Sicherung des Friedens und damit um die Rechte der jungen Generation und die Zukunft unseres Volkes aufzunehmen, ist herzlich eingeladen, mit uns zu Pfingsten nach Berlin zu fahren!

Wendet Euch an unsere Gruppen in allen Kreisen Südbadens oder direkt an das Landessekretariat der FDJ in Singen, Görresstraße 4, und beteiligt Euch schon jetzt an der umfangreichen Arbeit, die zur Vorbereitung des Treffens notwendig ist.

Wo Ihr auch sein möget, wo Ihr politisch oder weltanschaulich auch steht, wenn Ihr mit uns die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und den Frieden erringen wollt, kommt mit uns unter der Losung:

„Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1950 in Berlin! Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands! Nicht in einem dritten Weltkrieg sterben — wir wollen für Deutschland leben"

Aus dem Parteileben

Landesvorstandssitzung

Wir machen nochmals alle Mitglieder des Landesvorstands darauf aufmerksam, daß am kommenden Wochenende unsere erste diesjährige Landesvorstandssitzung stattfindet.

Beginn Samstag, 21. Januar 1950, um 15 Uhr, in Freiburg, Vaubanstraße 12. Das Referat über die ideologische und politische Festigung der Partei in Südbaden hält Gen. Eckert.

Gen. Fels wird den zweiten Tagesordnungspunkt — Fragen der organisatorischen Festigung — als Referent behandeln.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird unbedingt erwartet.

Freiburg. Am kommenden Freitag, 20. 1., findet um 20 Uhr in der Vaubanstraße 12 eine außerordentliche Funktionärsitzung des Kreises Freiburg statt.

Lörrach. Am Samstag, den 21. Januar 1950 nachmittags 14.30 Uhr, findet auf dem Kreissekretariat in Lörrach Feldbergstraße 7, eine **kommunalpolitische Konferenz** statt. Zu dieser Konferenz haben alle Gemeinderäte Kreisräte, die Genossen, welche in öffentlichen Kommissionen und Verwaltungen tätig sind, zu erscheinen.

Die Haushaltspläne der einzelnen Gemeinden sind mitzubringen.

Grenzach. Am Samstag, dem 21. Januar findet um 20 Uhr im Gasthaus „Dreikönig" (Saal) die LLL-Feier unserer Ortsgruppe statt. Zu dieser Feier laden wir die Leser unserer Zeitung und Freunde unserer Partei herzlichst ein.

Es spricht Genosse Hans Dorten, Lörrach.

Singen. Die Generalprobe für die LLL-Feier findet am Donnerstag, 19 Januar, um 19.30 Uhr im Gambrinussaal statt. Keiner der Mitwirkenden und Verantwortlichen darf fehlen.

LLL-Feier

Lörrach. Am kommenden Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 15 Uhr, findet im Saale des Hotel Storchen unsere Gedenkfeier für die drei großen Toten der Arbeiterbewegung Lenin, Liebknecht, Luxemburg statt. Der Eintritt ist frei. Ein gutes Programm mit Musikstücken und einem Spiel der FDJ wird der Feier einen würdigen Rahmen geben.

Ein Parteischädling ausgeschlossen

Singen. Die Kreisleitung Singen hat den Albert Feik, Engen/Hegau, wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Eine Aussprache mit den Landwirten

Rheinfelden. Man muß schon sagen, der jüngste Bürgermeister von Baden, Herbert King aus Rheinfelden, versucht den Kontakt mit seinen Wählern und Bürgern von Rheinfelden aufrecht zu erhalten. Eine öffentliche Bürgerversammlung vor einigen Wochen in Rheinfelden, bei vollbesetztem Saale, der noch weitere Versammlungen dieser Art folgen sollen, war der Auftakt. Gut besuchte öffentliche Stadtratssitzungen, an diesen immer mehr Wähler teilnehmen, dies ist in Rheinfelden schon gang und gebe. Seine Landwirte hat Bürgermeister King auch nicht vergessen, so fand am 14. Januar, im Ortsteil Nollingen, in der Krone bei vollbesetztem Saale eine öffentliche Aussprache statt. Bürgermeister King bat die Landwirte ihre Sorgen und Wünsche vorzubringen, ohne jede Rücksichtsnahme. Erfreulich wurde von den Landwirten recht reger Gebrauch gemacht. Nur so kann auch der Stadtrat und die Stadtverwaltung hören was nötig ist und dort einspringen, wo es angebracht ist. Ja, so allerhand Sorgen, haben unsere Landwirte heute schon wieder, und die Wortgefechte wollten kein Ende nehmen. Dem Vorstand der Molkerei, hatte man allerhand zu sagen. Aber Paul Betting, Vorstand der Molkerei-Genossenschaft, blieb die Auskunft nicht schuldig. Er forderte alle Landwirte auf, noch mehr als bisher einig und stark hinter der Genossenschaft, die ja den Landwirten gehöre, zu stehen. Ohne eine feste Organisation der Landwirte in ihrer Genossenschaft, werde man bald einsehen, daß große Nachteile für die Landwirte entstehen werden. Jedem sei doch bekannt, daß immer mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt werden, hierdurch droht für alle Landwirte eine große Gefahr und ein noch größerer Existenzkampf, den der Alleinstehende nicht meistern kann. Auch Landwirt Schneider aus Warmbach, forderte auf, die Genossenschaft auf alle Fälle zu unterstützen und hier die Einheit aller Landwirte herzustellen. Allerhand sonstige Fragen, Anliegen und Bitten wurden vorgetragen, die die Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen hat. Im Ortsteil Warmbach, soll nun ebenfalls eine solche freie Aussprache stattfinden.

Südwestfunk gegen Frieden und Verständigung

„Lüg-fest-Funk" verdreht die Rundfunkrede Erwin Eckerts mit billigen Agitationsmätzchen

Es ist den besonderen Methoden des derzeitigen Leiters der Abteilung „Politisches Wort" des Südwestfunkes, des Herrn Dr. Klaus Peter Schulz, zu verdanken, daß der Südwestfunk im Volksmund schon seit geraumer Zeit gelegentlich „Lüge fest Funk" genannt wird. Die große Mehrheit der Südwestfunkhörer aus den Kreisen der Arbeiterschaft, der Angestellten und der kritischen Intellektuellen hat längst erkannt, daß das „Politische Wort" unter der Regie des Herrn Dr. Schulz in besonderer Weise dazu benutzt wird, um offen und hemmungslos die reaktionäre, für unser Volk verhängnisvolle Politik der Regierung Adenauer zu propagieren.

Herr Dr. Schulz ist durchaus bereit, die Konsequenzen dieser Politik zu ziehen, die letzten Endes durch eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu Krieg und Vernichtung führen muß. Der Südwestfunk wird fast täglich dazu benutzt, den politisch Unerfahrenen seiner Zuhörer in möglichst wirkungsvoller Form ausgesprochene Lügen beizubringen, gleichgültig, ob es sich um Falschmeldungen über die Erkrankung Grotewohls, über die politische und wirtschaftliche Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, über die Bergwerke in Aue, über das neue Polen, über die Internierungslager, über das Losder Kriegsgefangenen in derSowjetunion, über die Prozesse gegen Mörder und Spione handelt oder um die Kommentierung der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme.

Herr Dr. Schulz und sein Kollege Gertes hetzen systematisch gegen die Sowjetunion. Sie empfinden es als eine persönliche Beleidigung, wenn sich die Kommunistische Partei gegen diese Methoden der Brunnenvergiftung für die Sicherung des Friedens mit allen Völkern, für ein enges Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und der Chinesischen Volksrepublik einsetzt. So etwas ist den Herren vom Südwestfunk, den sie als ihre ureigensten Angelegenheit angesehen wissen wollen, nicht angenehm, weil es ihrer antisowjetischen Propaganda die schlimmsten Giftzähne ausbrechen könnte. Darum antwortete Herr Dr. Schulz gestern auf einen Aufruf des kommunistischen Sprechers, des Genossen Erwin Eckert, zur Sammlung aller zum Frieden entschlossenen Männer und Frauen zur Abwehr der Kriegshetze und der Remilitarisierungsbereitschaft mit der Wiederholung primitiver Agitationsmätzchen gegen die Kommunistische Partei und die Deutsche Demokratische Republik. Herr Dr. Schulz hat nicht etwa die von dem kommunistischen Redner zur Erhärtung seiner Friedensforderung angeführten Tatsachen zu bestreiten gewagt. Er gefiel sich in der Rolle eines Rundfunkgewaltigen, der gnädig auch den kommunistischen Hörern des Südwestfunks Gelegenheit geben wolle — alle drei Monate einmal neun Minuten —, eine Sendung der Kommunistischen Partei zu hören.

Er verdrehte die Ausführungen des Gen. Eckert, der vor einer gefährlichen, sich anbahnenden Entwicklung in Westdeutschland warnte, er nahm die selbst von offiziellen englischen und französischen Stellen längst dementierte Behauptung von der mehreren hunderttausend Mann starken militärisch organisierten Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik auf und saugte sich eine „auf Hochturen laufende Waffenproduktion in der Ostzone" aus den Fingern. Es ist begreiflich, daß Herr Dr. Schulz durch diesen Theaterdonner die zum Frieden mahnenden Worte des komunistischen Sprechers, die wir in dieser Nummer abgedruckt haben, abzuschwächen versuchte. Er bewirkte aber das Gegenteil. Er bewies durch seine Antwort, daß er die verschwindende Minorität der Kommunistischen Partei", wie er sich ausdrückte, und ihren Kampf um den Frieden sehr ernst nimmt. Er verstärkte durch seine Entgegnung auf die Rede des Genossen Eckert die Resonanz des Aufrufes für den Frieden und die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit der Sowjetunion. Er verriet gleichzeitig durch die Art seiner Replik die Schwäche und Haltlosigkeit der eigenen Positionen.

Auch in Baden finden sich in steigendem Maße fortschrittliche Männer und Frauen, die unser Volk nicht in einen dritten Weltkrieg hineinschlittern lassen wollen, zusammen, um in einer gemeinsamen Front die nationalen Interessen unseres Volkes zu verteidigen und die Absichten der imperialistischen Kreise und ihrer deutschen Propagandaredner zu vereiteln. Sie setzen sich gegen die Absicht, unser Volk zu einem neuen Weltkrieg innerlich vorzubereiten und dadurch vernichtendes Unheil über unser Volk heraufzubeschwören, energisch zur Wehr.

Urlaubsgesetz muß verlängert werden

Ein Antrag der KPD im Landtag

Freiburg. Die KPD stellte im badischen Landtag bereits vor längerer Zeit den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Geltungsdauer des vom badischen Landtag für das Jahr 1949 verabschiedeten Urlaubsgesetzes ohne zeitliche Begrenzung zu verlängern. In der Begründung des Antrages schließt sich die KPD der vom badischen Gewerkschaftsbund an alle Fraktionen des badischen Landtag gegebenen Begründung an, die wir im nachstehenden veröffentlichen:

„Das badische Urlaubsgesetz, welches für das Jahr 1949 befristet erlassen wurde, läuft mit dem 31. Dezember 1949 ab. Wir erachten es als zweckmäßig, dieses Gesetz zu verlängern. Für die unveränderte Verlängerung dürften sich wohl keine Schwierigkeiten ergeben deshalb, weil wir annehmen, daß sämtliche Parteien dem bisher gültigen Gesetz ihre Zustimmung gegeben haben."

Bis heute ist noch nicht bekannt, daß diesem Antrag stattgegeben wurde, obwohl dazu im Grunde genommen keine allzu großen Bemühungen der badischen Regierung notwendig wären. Wir weisen deshalb nochmals auf die Dringlichkeit einer Verlängerung des Urlaubsgesetzes hin und fordern die Regierung auf, dem Antrag umgehend zu entsprechen.

Aufruf an die Fliegergeschädigten

Der Kreis- bzw. Ortsverein Freiburg im Bund der Fliegergeschädigten teilt uns mit:

„Die im Zentralverband der Fliegergeschädigten und Währungsgeschädigten in der gesamten Trizone vereinigten Kriegs- und Kriegsfolgegeschädigten fordern nach wie vor mit aller Entschiedenheit die baldige Verabschiedung des endgültigen Lastenausgleichsgesetzes. Es ist bedauerlich, daß angesichts der Regierungserklärung und mit der Zusage einer gerechten Kriegslastenverteilung prominente Vertreter des Staates glauben, die reale Durchführung des Lastenausgleiches immer wieder in Zweifel stellen zu müssen. Ohne den Lastenausgleich werden die tiefen sozialen und politischen Spannungen im deutschen Volk nicht beseitigt werden können. Alle Geschädigten protestieren einmütig gegen eine ungerechte Zurückstellung. Wir fordern alle auf, bis zum 31. Januar 1950 bei unserer Geschäftsstelle in Freiburg/Br., Dreikönigstraße 27, Art und Umfang ihres Schadens anzumelden, damit der Zentralverband in der Lage ist, den Bundesbehörden gültiges Material vorzulegen und ein wahrheitsgetreues Bild über die Notlage der Geschädigten zu vermitteln."

Sprechtag für Fliegerbeschädigte

Villingen. Am Mittwoch, 25. Januar, vormittags ab 9 Uhr, findet für die Flieger- und Kriegsbeschädigten des Kreises Villingen in Donaueschingen im Gasthaus zum „Grünen Baum" (verlängerte Josefstraße) der erste orthopädische Sprechtag der orthopädischen Versorgungsstelle Freiburg statt. Dieser Sprechtag ist für alle Flieger- und Kriegsbeschädigte der beiden Kreise Donaueschingen und Villingen, die einer orthopädischen Betreuung bedürfen. Alle Beschädigten, die erstmals erscheinen, müssen nachweisen können, daß ihr Leiden einer Dienst- oder Wehrdienstbeschädigung entspringt und der orthopädischen Versorgung bedarf. Als Nach- und Ausweis dient der Rentenbescheid des Kriegsversehrten-Fürsorgeamts und die Kennkarte. Ersatzbedürftige Hilfsmittel sind mitzubringen, damit der orthopädische Facharzt die Neuanfertigung gegebenenfalls genehmigen kann. Weitere Auskünfte werden auf dem Sprechtag gerne gegeben.

Verband der Besatzungsgeschädigten verboten

Vereinigungen der Besatzungsgeschädigten in der französischen Zone verboten

Freiburg. Die Gründung eines Bundes der Besatzungsgeschädigten ist nach einer Anordnung des französischen Hohen Kommissariats in der französischen Zone verboten worden. Alle Oberbürgermeister und Landratsämter wurden angewiesen, Anträge auf Gründung eines solchen Ortsvereins des Bundes der Besatzungsgeschädigten nicht anzunehmen. Das Verbot wird damit begründet, daß die Bildung eines solchen Bundes mit dem Besatzungsstatut unvereinbar sei. Es könnten keine Gruppierungen zugelassen werden, die sowohl durch ihre Benennung als auch durch die Art ihrer Forderungen „das Ansehen der Besatzungsmächte schädigten". Die Besatzungsgeschädigten wurden von den französischen Stellen auf die Einrichtung der Entschädigungsgerichte verwiesen, bei denen „Beschwerden" über Besatzungsschäden eingereicht werden könnten. Außerdem hätten die Betroffenen die Möglichkeit, „sich mit ihren Anliegen an die Besatzungsbehörden zu wenden".

UMSCHAU IM LANDE

Brand in einer Molkerei

Ueberlingen. Im Dachstuhl des Molkereigebäudes in Herdwangen entstand auf bis jetzt noch unbekannte Weise ein Brand, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Das Gebäude selbst, sowie die beiden angebauten Scheunen konnten gerettet werden. Der Sachschaden beläuft sich auf einige tausend D-Mark.

Versammlungsnotiz

Der Ortsverband Singen (Hohentwiel) der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen u. Sozialrentner hält am Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Gambrinus" eine Generalversammlung ab, wozu die Mitglieder herzlichst eingeladen sind.

Einladung

Nachdem die gesetzlichen Bestimmungen über den Zusammenschluß der Sportvereine gelockert wurden und einige Abteilungen bereits die nötigen Vorbereitungen zur Erlangung ihrer früheren Selbständigkeit mit dem ehemaligen Vereinsnamen getroffen haben, steht auch für die Mitglieder des ehem. Stadtturnvereins 1883 mit den angeschlossenen Sportabteilungen die Frage der Namensänderung in Stadtturnverein Singen (Hohentwiel) 1883 offen. Zur Klärung und Stellungnahme zu dieser wichtigen Angelegenheit findet am Freitag, den 20. d. M., 20 Uhr, im „Burghof" eine Versammlung statt. Hierzu laden wir Sie freundlichst ein.

Was spielt mein Kino?

Konstanz. Gloria: Wie zu erwarten war, mußte der preisgekrönte Film **„Der dritte Mann"** prolongiert werden.

Capitol: Elfie Mayerhofer und Johannes Heesters singen und spielen in dem neuen Donau-Film **„Wiener Melodien"**. Elfie hat eine Doppelrolle: Zwillingsschwestern.

Scala: Englands berühmter Kriminalreporter schrieb den Stoff zu **„Der Mann ohne Gewissen"**. Ein Fachmann ohne Zweifel.

Drahtzaun gegen Flüchtlinge

Waldshut. Eine Flüchtlingsfamilie aus Ostpreußen wurde anfangs Dezember in eine Wohnung in Immeneich eingewiesen, die seit 30 Jahren unbewohnt war. Da in dem Haus keine Wasserleitung vorhanden war, mußten die Flüchtlinge das Wasser aus der nahen Alb holen. Nach einigen Wochen stellte nun der Hauseigentümer einen Drahtzaun an der Wasserstelle auf, so daß den Flüchtlingen das Wasserholen unmöglich gemacht wurde.

Badisches Rotes Kreuz, Ortsverein Lörrach

Lörrach. Am Mittwoch, den 25. Januar 1950, beginnt im Rotkreuzheim, Spitalstr. 51, ein neuer kostenloser Ausbildungskurs für Erste Hilfe. Anmeldungen werden noch daselbst entgegen genommen.

Stadtratssitzung in Lörrach

Lörrach. Die Tagesordnung für die am Montag, den 23. Januar 1950, nachmittags 5 Uhr, im Ratssaale stattfindende öffentliche Sitzung des Stadtrates sieht folgende Punkte vor: 1. Beratung über die Fortführung des Wohnungsbaues; 2. Durchführung des Fastnachtsfeuers auf dem Hühnerberg.

Schwarzwaldverein Freiburg

Sonntag, 22. Januar 1950, Nachmittagswanderung: Littenweiler—Kirchzarten—Stegen. Treffpunkt um 13.30 Uhr Straßenbahnhaltestelle Littenweiler. Gehzeit 3 Stunden. Führung: Jung-Birkenstock.

Fachgewerksch. Metall, Ortsgruppe Zell i. W.

Zell i. W. Die Fachgewerkschaft Metall, Ortsgruppe Zell i. W. hält am Freitag, den 20. Januar 1950, 19.30 Uhr, im Versammlungslokal der Hebelschule ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zahlreiche Beteiligung ist notwendig.

Verband der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner, Ortsverein Zell i. W.

Zell i. W. Am Samstag, den 21. Januar 1950, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum „Drei König" die diesjährige Generalversammlung statt. Im Interesse der Wichtigkeit dieser Versammlung und der zu behandelnden Tagesordnung ist restloses Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Naturfreunde Zell i. W.

Zell. Der Touristenverein „Die Naturfreunde" ladet seine Mitglieder zu der am Samstag, 21. Januar 1950, abends 20 Uhr, in der Handelsschule stattfindenden Generalversamlung herzlich ein. Da der Gesamtvorstand neu gewählt wird, wäre es Pflicht eines jeden Mitgliedes, an dieser Generalversammlung teilzunehmen.

Bürgermeisterversammlung

Rastatt. Am Mittwoch, 25. Januar, findet in Gansbach um 9.15 Uhr im Gasthaus „zur schönen Aussicht" die Bürgermeisterversammlung für den Monat Januar statt. Die Anfahrt erfolgt durch einen Bahnomnibus ab Bahnhof Rastatt mit der Aufschrift oder Kennzeichnung „Sonderfahrt" um 8 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unsere Leser schreiben:

Wir klagen den Staat an!

Leben die Erwerbslosen „auf Kosten der Allgemeinheit?"

Freiburg. Wie auch in anderen Städten Badens haben sich in Freiburg die Erwerbslosen zusammengeschlossen, um durch den Erwerbslosenausschuß in enger Verbindung mit den Gewerkschaften ihre Forderungen auf Arbeit, Erhöhung der Unterstützungssätze und andere berechtigte Ansprüche durchzusetzen. Ueber die Notlage der Erwerbslosen muß hier nicht viel gesagt werden. Wer das Elend, in das die Arbeitslosigkeit zahllose Familien treibt, nicht sieht und nicht versteht, der wird sich auch durch eine genaue Schilderung dieses Elends nicht überzeugen lassen.

Gegen eine Tatsache aber muß hier einmal deutlich Stellung genommen werden! Und zwar gegen die herabsetzenden Aeußerungen, die schon seit längerem über die Erwerbslosen in der Oeffentlichkeit getan werden. So begründete im Freiburger Stadtrat der Stadtrat Kappes die Notwendigkeit von Notstandsarbeiten damit, daß er sagte, damit würde der Zustand beseitigt, daß die Erwerbslosen auf Kosten der Allgemeinheit leben. Und Stadtrat Menges (FDP) formulierte das mit: auf Kosten der anderen.

So steht die Frage allerdings nicht! Arbeiter und Angestellte zahlen jahrelang ihre Beiträge zum Landesarbeitsstock und sind wenn sie arbeitslos werden, ohne jede Einschränkung berechtigt, aus den von ihnen aufgebrachten Summen Unterstützungsbeiträge zu beziehen. Jede Einschränkung dieses Rechts, und sei es nur durch solche negativen Formulierungen, machen aus einem berechtigten Anspruch eine von der Gnade des Staates abhängige Fürsorgeleistung. Die Erwerbslosen werden deshalb sich gegen solche Aeußerungen mit Recht wehren und verlangen, daß man ihre schwere Lage nicht durch ähnliche öffentliche Bemerkungen noch erschwert und das Wort arbeitslos aus einer Anklage gegen den Staat zu einer Herabsetzung der Werktätigen macht.

Erst die Lebenden

Singen a. H. Die Umbettung der Soldatengräber wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Stadtverwaltung hat sich wirklich angestrengt, um eine würdige Grabstätte zu schaffen. Nur ist es unverständlich, daß heute noch Hinterbliebene dieser Gefallenen, nicht wissen, wovon man leben soll. Wir nahmen Rücksprache mit einer Kriegerwitwe mit einem Kind von 9 Jahren. Diese Frau hat im Mai 1949 durch die hiesige Kriegsopferfürsorge den Antrag auf Rente gestellt und bis heute, Ende Januar 1950 noch nichts gehört. Dreimal wurde dem Versorgungsamt Freiburg die Notlage geschildert und um Antwort gebeten, aber keine Antwort. Die Herren in Freiburg können sich scheints so eine Notlage gar nicht vorstellen. Darum stehen wir auf dem Standpunkt, zuerst für die Hinterbliebenen sorgen und dann für die Toten. (sch)

AUS DER ARBEIT DER PARTEI

Offenburg. Am Sonntag, den 15. Januar, fand in Offenburg die allmonatliche Kreisparteiarbeiter-Konferenz statt. Der Gen. Karl Bätz erläuterte in einem Referat die Resolution des Parteivorstandes und wies auf die daraus erwachsenden ideologischen und organisatorischen Aufgaben hin. Die anschließende Diskussion zeigte, daß die anwesenden Genossen den Ernst der augenblicklichen Situation verstanden haben. Es wurde beschlossen, die in selbstkritischer Betrachtung festgestellten Mängel in unserer Kreisorganisation abzustellen, um damit die in der Resolution des Parteivorstandes gesteckten Ziele zu erreichen.

Am Nachmittag veranstaltete die Kreisabteilung eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier, im Verlauf derer die große Bedeutung dieser drei Vorkämpfer für den Sozialismus hervorgehoben und beispielgebend im gegenwärtigen Kampf für die Erhaltung des Friedens aufgezeigt wurde. Die Jungen Pioniere umrahmten die Feier mit Rezitationen und Liedern. Anschließend verbrachten die Genossen noch einige Zeit bei lebhaften Diskussionen.

Wagge dem bruuchsch Du nit truurig si

Zell i. W. Unter diesem Motto werden in der alten Zeller Narrenstadt die Vorbereitungen nun mit größtem Eifer zum Narrentag des Verbandes badischer Narrenzünfte, der am 4. und 5. Februar in Zell i. W. stattfindet, getroffen. Am Samstag hat eine Abordnung der Fastnachtsgesellschaft Zell die Verbindung mit den 16 Gilden und Zünften, welche ihr Mitwirken bereits zugesagt haben, persönlich aufgenommen. Das Gesamtprogramm ist vom Verband festgelegt und wird von der Fastnachtsgesellschaft Zell im Einvernehmen mit dem Ehrenvorsitzenden, Bürgermeister Klauser, welche mit den einzelnen Außengemeinden für einen reibungslosen Verlauf garantieren, zur Durchführung gelangen. Als gastgebende Stadt hat Zell i. W. bereits alle Maßnahmen in die Wege geleitet, denn es geht dabei um die Ehre und das Ansehen der Zeller Fastnacht, die in ihrer Urwüchsigkeit als eine der ältesten angesprochen werden kann. Nach den bis jetzt eingegangenen Zusagen werden am Narrentag 16 Zünfte, mit etwa 4000 Mitwirkende, mehrerer Musik-Kapellen und Fanfaren in die alte Narrenstadt kommen, wo selbst den Gästen und Einheimischen das traditionelle Brauchtum gezeigt wird. Mit behördlicher Genehmigung ist die Erlaubnis zum Tragen von Masken schon vom 4. Februar an gegeben. Am Sonntag, 4. Februar, findet am Nachmittag der Empfang der Zünfte, der Verbandsleitung und der geladenen Gäste statt. Um 20 Uhr beginnt im stimmungsvoll dekorierten Webereisaal der festliche Zunftabend mit den Vorführungen aller anwesenden Zünfte — ebenso auch im Löwen- und Kranz-Saal. In den einzelnen Lokalen finden Maskenbälle statt. Der große Umzug sämtlicher Zünfte und Gilden durch die Straßen der Stadt ist am Sonntag, 5. Februar, 14 Uhr, wobei die auswärtigen Gäste nochmals die Vorführungen der Zünfte, die Narrenmärsche, Reigentänze und nicht zuletzt auch auf allgemeinen Wunsch das originelle Altweiber-Rennen der Zeller Narren kennenlernen können. Die Eisenbahn wird zum Narrentag nach Zell aus allen Richtungen Extrazüge einschalten, so daß sich an diesen beiden Tagen Tausende von Menschen ein Stelldichein geben und alles mit frohem, närrischen Sinn erfüllen werden.

Gräfin Mariza in Lörrach

Lörrach. Das Neue Theater Villingen, das hier von der Aufführung des „Zarewitsch" im letzten Winter her bekannt ist, gastiert nach längerer Spielpause wieder in Lörrach in der Stadthalle mit der berühmten Kalman-Operette „Gräfin Mariza". Die Bevölkerung des Landkreises Lörrach und des Oberrheingebietes wird in drei Vorstellungen: Samstag, 21. Januar, 20 Uhr, Sonntag, 22. Januar, 14.30 Uhr und Montag, 23 Januar, 20 Uhr, Gelegenheit haben sich diese Aufführung anzusehen und anzuhören. Die mit einem völlig neuen Operetten-Ensemble durchgeführten Gastspiele des Villinger Theaters haben überall Anklang gefunden. Die Operette mit ihren weltbekannten Melodien und ihrer heiteren Handlung wird gewiß auch hier viele Theaterfreunde finden.

Für die Jugend findet am Samstag nachmittag, 21. Januar, 16 Uhr, in der Stadthalle ein Märchenspiel mit dem lustigen Grimmmärchen „Das tapfere Schneiderlein" statt. Den Vorverkauf für alle Aufführungen hat das Reisebüro, Lörrach, Turmringerstr. 176, übernommen.

Turnverein Triberg 1860 wiedergegründet

Vergangenen Sonntag, 15. Januar 1950, fand im Gasthof „Zum Kreuz" die Gründungsversammlung des Turnvereins Triberg 1860 statt. Einleitend begrüßte Betriebsleiter Alfred Stark, der seitherige Vorstand der Turnabteilung, die anwesenden Gäste, die Gemeinderäte, Ehrenmitglieder und alle Gönner und Freunde des Turnsports auf das herzlichste und gab einen ausführlichen Bericht über die rückliegenden Jahre der Vereinsgeschichte, worauf im Anschluß an seine Ausführungen das Ehrenmitglied Karl Kiefer, Triberg, in kurzen Umrissen die zurückgelegte Fahrt des Vereinsschiffes von 1860 bis heute schilderte. Insbesondere sind hierbei zu erwähnen die Gründung des Vereins im Jahre 1860 unter German Kienzler, dessen Nachkommen in drei Generationen bis heute noch in Treue zur Turnsache stehen. Infolge des Krieges 1870/71 war der Turnbetrieb in Ruhe, bis er dann im Jahre 1875 zur vollen Entfaltung kam. Die Turngeräte wurden teilweise selbst angefertigt. Im Jahre 1876 war der Verein Mitbegründer des Badischen Schwarzwaldturngaues. Die Männerriege wurde im Jahre 1891 unter Benjamin Klausmann gegründet. Nach dem Neubau der heutigen Schwarzwaldschule im Jahre 1908, in der eine Turnhalle eingebaut wurde, erfolgte die Neugründung einer Damenriege. Der Verein feierte im Jahre 1910 sein 50jähriges Jubiläum unter den bewährten Turnwarten Richard Weber und Ludwig Kienzler. 1913 nahm der Verein am Deutschen Turnfest in Leipzig teil, ebenso an den deutschen Turnfesten 1923 in München und 1928 in Köln, wie an den Kreisfesten 1912 in Freiburg, 1921 in Lahr, 1924 in Konstanz, 1926 in Offenburg und 1930 in Mannheim, sowie im Jahre 1933 an den Turnfesten in Stuttgart und 1938 in Breslau, wobei Tribergs Turner beachtliche Erfolge erkämpfen konnten. Die Nachkriegszeit vereinigte der Turnverein mit den anderen Sportvereinen in der nun gegründeten Sportgemeinschaft. Die Handballabteilung wurde an die Turnabteilung angeschlossen, nachdem das Turnen im Jahre 1949 wieder erlaubt war. Es wurde dann anschließend von der Versammlung einstimmig der Beschluß gefaßt, den wieder neugegründeten Verein im Sinne der alten Tradition mit dem Namen „Turnverein Triberg 1860" zu taufen. Nach Bekanntgabe der Statuten, die von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurden, erfolgte die Wahl der Vorstandschaft mit folgender Besetzung: 1. Vorsitzender: Betriebsleiter Alfred Stark, 2. Vorsitzender: Johann Roggenstein, Schriftführer: Egon Kienzler, Kassenwart: Robert Heim, Oberturnwart: Willi Roggenstein, Frauenturnwart: Emil Dilger, Altersturnwart: Engelbert Schneider, Jugendturnwart: Johann Roggenstein und Albert Hackenjos, Schülerturnwart: Engelbert Schneider und Bruno Späth, Schülerinnenturnwart: Karl Walter und Frau Charlotte Reiner, Spielwart für Handball: Albert Dippel, Fechtwart: August Pfaff, Zeugwart: Willi Armbruster und Sportarzt: Dr. Rud. Kern. Weiterhin erfolgte noch die Wahl der Beisitzer. Die gesamte Vorstandschaft wurde einstimmig gewählt.

Flasche spielt Fußball

„Sie sind doch in unserem Verein?" fragte mich der Fußballer, zu dem die anderen „Kapitän" sagten, obwohl er nicht einmal eine Kapitänsmütze auf hatte. „Natürlich", sagte ich, „ich bin überhaupt in allen Vereinen, ich . . ."

„Können Sie Fußball spielen?" unterbrach er mich.

„Natürlich kann ich", deklarierte ich, „ich kann überhaupt alles, ich . . ."

„Uns fehlt der elfte Mann", sagte er kurz, „hier ist seine Lizenz, spielen Sie an seiner Stelle!" Und zu den anderen Spielern sagte er: „Lieber eine Flasche als gar keinen Halbrechten."

„Wie meinen Sie das mit der Flasche?" wollte ich wissen, aber er antwortete mir nicht und drückte mir ein Hemd und eine Hose in die Hand. „— und Stiefel?" fragte ich.

„Haben wir nicht in dieser Größe", meinte er, „behalten Sie nur die Lackschuhe an."

Dann stand ich mit noch ein paar Leuten auf einem mit weißer Kreide gezogenen Strich. Ein Mann in langer, schwarzer Trikothose warf eine Münze in die Luft, dann trillerte er und plötzlich hatte ich den Ball an meinen Füßen.

„Paß, Paß," brüllte mein Nebenmann, der genau so ein gesprenkeltes Hemd an hatte wie ich, „schnell — hierher — Paß!"

„Ich habe meinen Paß in der Garderobe gelassen," bedauerte ich, und als ich mich dann wieder nach dem Ball umsah, hatte ihn einer von der Gegenpartei schon fortgeangelt.

Plötzlich ein Pfiff und alles stand.

„Jetzt wird unser Linksaußen eine Ecke treten", sagte mein Kapitän, „kommen Sie vors Tor!" Ich ging mit, weil ich sehen wollte wie man eine Ecke treten kann. Und während ich noch so stand und mich wunderte, daß er nicht die Ecke, sondern den Ball getreten hat, verspürte ich plötzlich einen harten Schlag gegen den Schädel — mir wurde ganz seltsam und ich fiel um. Das war der Ball.

Als ich wieder aufstand, gratulierten mir alle und sagten: „Ein feiner Kopfstoß, unhaltbar in die linke obere Ecke. Woher haben Sie das?" „Ich kann mich auch nicht entsinnen", murmelte ich noch ganz benommen, dann ging es wieder auf die Mittellinie.

Schließlich kam auch eine Pause, in der wir uns alle erholen durften und Zitronen bekamen. Dann ging es weiter. Und plötzlich war ich — ich weiß selber nicht wie — ganz allein mit dem Ball vor dem Tor, in dem der Mann stand, von dem ich gedacht hatte, daß er Jochen sei. „Schießen", brüllte mein Kapitän, „schießen!"

„Ich habe keine Schußwaffe mit", bedauerte ich, „außerdem wäre es Mord", dann drehte ich mich wieder um und versuchte den Ball ins Tor zu schicken. Der Mann im Tor warf sich gleich lang hin und da mußte ich wirklich herzlich lachen, denn er war ganz umsonst gefallen — ich hatte den Ball gar nicht getroffen. Aber noch ehe er aufstehen konnte, lief ich schnell mit dem ganzen Ball ins Tor hinein. „Hurrah" brülten meine Leute, „hurrah" — 2:1!

„Jetzt wollen wir mauern!" flüsterte der Kapitän.

„Ich verstehe nichts davon," flüsterte ich zurück, „ich habe auch keine Kelle."

Er murmelte etwas, was ich nicht verstand und bedeutete mir dann, sich in seiner Nähe zu halten. Ich tat das auch. Kapitän ist Kapitän, selbst ohne Schiff. Und mit einem Mal kam der Ball in hohem Bogen auf mich losgesaust.

„Aus der Luft nehmen!" schrie der Kapitän.

„Was soll ich aus der Luft nehmen?" wunderte ich mich.

„Den Ball", ächzte er.

„Nimm Du", dachte ich, versuchte es aber doch. Es kam aber nicht aus und ich traf statt des Balles, die Hinterpartie des Herrn in der langen schwarzen Trikothose, der immer auf seiner Trillerpfeife spielte. Daraufhin vertrieb er mich vom Platz. Ich ging genau so ruhig, wie Adam seinerzeit aus dem Paradies. Disziplin muß sein! — —

Überraschendes Remis in Weil a. Rh.

Nach diesem Resultat, welches keineswegs schmeichelhaft für Weil ist, da der Kampf im Halbschwergewicht zwischen Kiefer-W und Füßle-R wider Erwarten mit einem Schultersieg von F. endete, darf man annehmen, daß Weil am kommenden Samstag in der Rheinturnhalle mit veränderter Aufstellung gegen Lörrach I zum fälligen Verbandskampf antreten wird. Die zahlreichen Zuschauer waren mit den Entscheidungen des Kampfgerichts nicht immer einverstanden. Die Kämpfe nahmen folgenden Verlauf:

Durch Eindrücken der Brücke siegte im Fliegengewicht Kreitner-R über Hohmann-W 0:1. Auch im Bantamgewicht mußte Zuber-W sich einen Armzug von Kunzelmann-R abfangen lassen, so daß der Kampf 0:2 stand. Durch Soublesse holte Bachmann-W gegen Hoske-R den ersten Sieg, 1:2. Im Leichgewicht war es Gräfe-R möglich, einen Schleudergriff von Eberens-W abzufangen und für Rheinfelden auf 1:3 zu verbessern. Trefzer-W besiegte im Weltergewicht Eckert-R durch Eindrücken der Bücke entscheidend, 2:3. Auch im Mittelgewicht war es Kölmel-W möglich, mit Schleudergriff Schaiers-R auf die Schultern zu legen und den Ausgleich herzustellen, 3:3. Damit war eigentlich der Mannschaftssieg für Weil bereits gesichert und niemand rechnete, daß W in den beiden schweren Klassen die Punkte mit R nochmals teilen würde, so daß die Schulterniederlage von K.-W wirklich überraschend kam. Schließlich konnte im Schwergewicht Knoll-W durch einen Armzug am Boden gegen Sprenger-R noch das Unentschieden 4:4 herstellen.

Wir hören heute

Deutschlandsender:

Freitag, den 20 Januar 1950

7.00 Nachrichten, 7.15 Musik am Morgen, 8.00 Nachrichten, 11.00 Nachrichten, 11.10 Musik für die Hausfrau, 12.00 Aktuelles: Mikrofon einblenden, 12.05 Musik zur Mittagspause, 12.50 Landfunk, 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch, 14.15 Jugendfürsorge in Deutschland, 14.25 Aus Leipzig: Kammermusik, 15.00 Kinderfunk, 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland, 15.25 Heitere Klänge zur Unterhaltung und Interessantes aus aller Welt, 16.30 Paula Matuschke, Reinemachefrau im Weißen Haus der westdeutschen Hauptkleinstadt Bonn, erzählt, 17.00 Nachrichten aus allen Ländern. 17.10 Die literarische Umschau, 17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage, 17.50 Jenseits unserer Grenzen — Aus westlichen Ländern, 18.40 Die Wahrheit über Amerika, 19.03 Nachrichten und Tageskommentar, 19.20 Mein kleines Glück ist die Musik, 20.30 Scherz und Satire, 20.45 15 Minuten mit dem Horst Ramtho-Trio. 21.00 Wir sprechen für Westdeutschland, 21.35 Aus der Sowjetunion, 21.45 Sportecho, 22.00 Nachrichten und Tageskommentar,

Mitgliederversammlung der Kriegsgeschädigten

Lahr. Der Verband der Kriegsgeschädigten und Flüchtlinge in Lahr hält am Samstag, 21. Januar 1950, im Gasthaus „Zum Falken" seine Mitgliederversammlung ab. Thema: „Der Lastenausgleich vor der Entscheidung". Es spricht der Vorstand des Verbandes F. O. Hoffmann. Mitgliedskarten sind als Ausweis vorzuzeigen.

Bekanntmachung

Winterspeisung

Die Stadt Konstanz hat im **Restaurant „Zur Post"**, Marktstätte 7, eine Winterspeisung eingerichtet. Die Winterspeisung begann am 2. 1. 1949.

Alleinstehende Personen, deren Einkommen monatlich weniger als 100.— DM beträgt (Nachweis darüber ist zu erbringen), empfangen dort gegen Abgabe einer Marke und Bezahlung von —.65 DM ein verbilligtes Mittagessen. Die erforderlichen Marken werden beim Städt. Fürsorgeamt Konstanz, Obere Laube 38, Zimmer Nr. 15 4. Stock, zwischen 8 und 10 Uhr, ausgegeben

Der Oberbürgermeister

Wir haben unsere Anzeigenpreise wesentlich gesenkt!...

und freuen uns, daß wir diesen lang gehegten Wunsch endlich verwirklichen konnten.

DIE NEUEN ANZEIGENPREISE:

Gesamtausgabe . . . . . 30 Pf. pro mm
Bezirksausgabe Mittelbaden-Offenburg. 12 Pf. pro mm
Bezirksausgabe Oberrhein-Lörrach . . . 12 Pf. pro mm
Bezirksausg. Schwarzw.-Seegeb.-Singen . 12 Pf. pro mm
Bezirksausgabe Freiburg . . . . . 15 Pf. pro mm

Anzeigenteil: 14 Spalten à 23 Millimeter

Zentral-Theater Emmendingen

Freitag — Montag
Schuld allein ist der Wein
Eine handfeste Bauernkomödie
Dienstag — Donnerstag
Brigitte Horney
Die Frau am Weg
Donnerstag: 15.00 u. 17.00 Uhr
Pat und Patachon im Paradies
Jugendliche unter 14 Jahre halbe Preise

Adler-Lichtspiele
Achern-Oberachern

Von Freitag, 20. bis Mittwoch, 25. 1. 1950
Katharina die Große
Der Aufstieg einer kleinen deutschen Prinzessin zur Zarin von Russland.
Der große Alexander-Korda-Film mit
Elisabeth Bergner u. Douglas Fairbanks jr.
Sonntag, 20.00 Uhr, numerierte Plätze
Vorverkauf:
Freitag, ab 17.00 Uhr an der Kasse
Wochentags, 20 Uhr, sonntags 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr
Samstags keine Vorstellung

Bestellen Sie heute noch „UNSER TAG" Monats-Abonnement DM 2.50

Erfolgreiche Werbung in UNSER TAG

ZENTRAL-THEATER
Freiburg im Breisgau, Schiffstraße 9

Ab Freitag, 20. 1. bis Donnerstag, 26. 1. 1950
Heiterkeit und eitel Freude herrscht in unseren neueh gediegenen Räumen

Sonja Ziemann, Grethe Weiser, Carl Heinz Schroth, Gerda Maurus, Albert Florath
Neueste Wochenschau — Jugendfrei
Anfangszeiten:
Täglich 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

Hotel Rheingold
Freiburg i. Br., am Hauptbahnhof
Inhaberin Josephine Fütterer

Nimmt unter Nr. **4060** Zimmerbestellungen entgegen

Freiburger Veranstaltungen

Harmonie-Lichtspiele

2. Woche!
Europas größter Film-Erfolg verlängert!
Das in Cannes mit dem ersten Preis ausgezeichnete Meisterwerk von CAROL REED

DER SENSATIONELLE FILM AUS DER INTERNATIONALEN UNTERWELT DER VIERMÄCHTESTADT WIEN 1949
WIE EIN DONNERSCHLAG AUS HEITEREM HIMMEL
EIN MEISTERWERK
DER DRITTE MANN

Der sensationelle Film aus der internationalen Unterwelt der Viermächtestadt Wien 1949 mit Paul Hörbiger - Alida Valli - Erich Ponto - Josef Cotten - Siegfr. Breuer - Orson Welles
In deutscher Sprache
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00,
Sonntag auch vorm. 10 Uhr.
Vorverkauf tägl. v. 10—12 Uhr
Freikarten Samstag u. Sonntag ungültig

Union-Theater

Freitag, 20. 1. bis mit Montag, 23. 1. 1950
Schleichendes Gift
Ein Film über Geschlechtskrankheiten von Univ.Prof. Dr. Leopold Arzt, Wien
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00
Sonntag: 14.00, 15.45, 17.35, 19.15 21.00 Uhr
Achtung! Freitag und Sonntag nur für Männer
Samstag und Montag nur für Frauen
Jugendverbot!
Freikarten Samstag u. Sonntag ungültig